# Bevölkerungsforschung *Aktuell*

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 4 • 2015
36. Jahrgang

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*die Zahl der Menschen, die auf der Erde leben, ist in den letzten 25 Jahren rapide angestiegen: von 5,3 Milliarden im Jahr 1990 auf gegenwärtig 7,3 Milliarden. Auch wenn sich die Zuwachsraten bereits verlangsamt haben, so muss nach den aktuellen Berechnungen der UN von einem weiteren Anstieg bis zum Jahr 2030 auf dann 8,4 Milliarden Menschen ausgegangen werden. Damit wächst die Weltbevölkerung um durchschnittlich 81 Millionen Menschen pro Jahr. Diese Entwicklung stimmt insofern bedenklich, als über 40 % der Zunahme in Afrika stattfinden wird. Hier trifft ein hohes Bevölkerungswachstum auf geringe Entwicklung und politisch fragile Staaten. Hinzu kommt die Frage, wie ein höherer Lebensstandard für über 8 Milliarden Menschen geschaffen werden kann, ohne die natürlichen Lebensbedingungen auf der Erde weiter zu zerstören und generell die Lebensqualität für alle Menschen sowie künftige Generationen zu erhalten.*

*Die in der UN zusammengeschlossenen Staaten haben daher in der Post-2015-Agenda nachhaltige Entwicklungsziele vereinbart, die im September 2015 verabschiedet werden sollen. Diese sogenannten Sustainable Development Goals unterscheiden sich von den bis 2015 geltenden Milleniumszielen vor allem in der Fokussierung auf den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Nachhaltigkeit. Mit 17 Zielen und 169 Indikatoren legen die SDGs einen ambitionierten Katalog vor, der weit über bisherige Ansätze hinausgeht. Den Weg dahin beschreibt Anton Peez. In seinem Beitrag wird deutlich, mit welchen Problemen und kritischen Auseinandersetzungen eine solche Agenda zu kämpfen hat, bei der es vor allem darum geht, das Leben für alle Menschen auf der Erde ein Stück lebenswerter zu gestalten – besonders aber für jene in den Entwicklungsländern.*

*Prof. Dr. Norbert F. Schneider,*
*Direktor des BiB*

## Rasanter demografischer Wandel: Deutschland und Japan im Vergleich

Im Hinblick auf zentrale Merkmale der demografischen Entwicklung weisen Deutschland und Japan vor dem Hintergrund unterschiedlicher sozialer und gesellschaftlicher Kontexte viele Ähnlichkeiten auf. So befindet sich in beiden Ländern die Fertilität auf einem niedrigen Niveau und eine kontinuierlich steigende Lebenserwartung wirkt sich beschleunigend auf die demografische Alterung aus – im auf konfuzianischen Werten aufbauenden Japan weitaus stärker als im christlich geprägten Deutschland. Kein Industrieland altert und schrumpft gegenwärtig so schnell wie Japan. Ein Vergleich der beiden Länder ist insofern sinnvoll, da sich vergleichbare Trends in beiden Gesellschaften zeigen. Der Beitrag beleuchtet zentrale demografische Entwicklungsmerkmale wie die Geburtenentwicklung, die Lebenserwartung sowie die Migrationsbewegungen in Deutschland und Japan vor dem Hintergrund der kulturellen und gesellschaftlichen Besonderheiten beider Länder. Im Vergleich wird deutlich, dass in Deutschland ein Geburtenanstieg leichter realisierbar zu sein scheint als in Japan – zumal Versuche der japanischen Regierung, pronatalistische Anreize zu geben, bislang fehlgeschlagen sind. ➡ *Seite 2*

## Bevölkerung und nachhaltige Entwicklung: Neue Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft

Bei den wegweisenden Richtlinien der Entwicklungszusammenarbeit, den sogenannten Milleniums-Entwicklungszielen (MDG) der UN, steht im Herbst 2015 eine Zäsur an. Die seit 2000 gültigen MDGs werden dann von den Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDG) abgelöst, die bis zum Jahr 2030 gültig sein sollen. Die MDGs waren die erste weltweite Initiative, acht klare mittelfristige Ziele unter dem Dach einer übergreifenden Agenda für Entwicklung zu vereinen. Sie sind das Ergebnis eines Prozesses, der Anfang der 1990er Jahre begann und den Blick vor allem auf die weltweite Bekämpfung von Armut richtete.

Vor diesem Hintergrund zeigt der Beitrag die Entwicklung von den MDGs zu den SDGs und fragt am Beispiel von Subsahara-Afrika nach den bisherigen Erfolgen der angestrebten Verbesserungen in bevölkerungsbezogenen Bereichen. Dazu zählen Ziele wie die Halbierung der Armut, die Reduzierung der Müttersterblichkeit und die Verbesserung der Bildungschancen. Es zeigt sich, das zwar unter den auslaufenden MDGs jüngst einige Erfolge in dieser Region verbucht werden konnten – gleichwohl bleiben diese noch immer hinter den angestrebten Zielen zurück. ➡ *Seite 9*

Jürgen Dorbritz (BiB) und Gabriele Vogt (Universität Hamburg)

# Rasanter demografischer Wandel – Deutschland und Japan im Vergleich

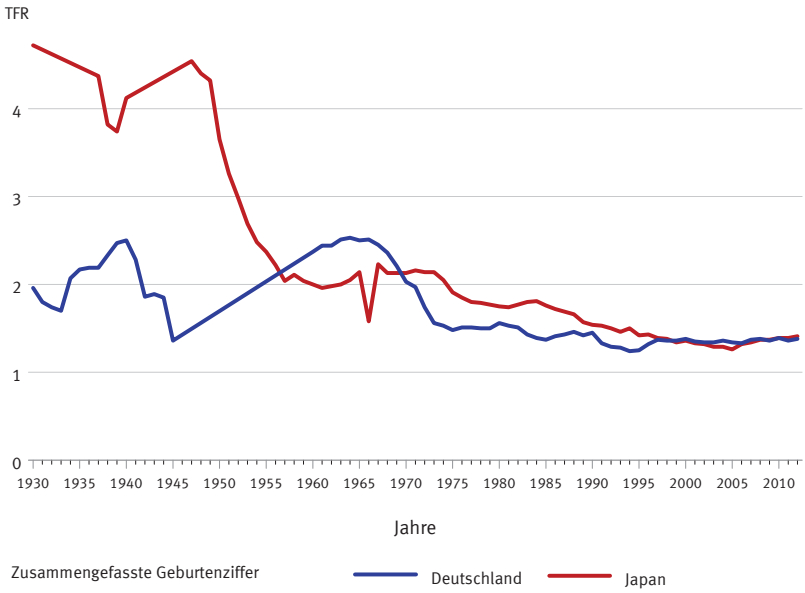
**Die Bevölkerungsentwicklungen in Deutschland und Japan weisen eine Reihe von Ähnlichkeiten auf, die in ganz unterschiedlichen sozialen Kontexten entstehen. Demografisch prägend für beide Länder sind das niedrige Geburtenniveau, die kontinuierlich steigende Lebenserwartung und die damit verbundene demografische Alterung. Dabei gilt für Japan, dass das Geburtenniveau deutlich niedriger und die Lebenserwartung sehr hoch ist. Kein Land der Welt altert und schrumpft so schnell wie Japan. Der größte demografische Unterschied zwischen Japan und Deutschland besteht allerdings hinsichtlich der internationalen Wanderungen: Japan setzt nicht auf Zuwanderung.**

Ein Vergleich der demografischen Entwicklungen in Deutschland und Japan erscheint deshalb als gewinnbringend, da hier vergleichbare gesellschaftliche Trends in Ländern unterschiedlicher Kulturkreise entstehen. Das christlich geprägte Deutschland ebenso wie das von konfuzianischen Werten dominierte Japan erleben beide extreme Kinderlosigkeit und ausgeprägte Alterung. Hinsichtlich der Entwicklung der Geburtenrate kann dies als ein Anzeichen einer in beiden Ländern vollzogenen Säkularisierung verstanden werden; hinsichtlich der Entwicklung der Lebenserwartung als ein Anzeichen einer erfolgreichen Modernisierung. Zugleich liegt dieser Beobachtung auch ein Verständnis von *multiple modernities* nach Shmuel Eisenstadt (2000) zugrunde: Modernisierung bedeutet eben nicht ausschließlich ein Nacheifern westlicher Erfolgsmodelle. Stattdessen könnte man von einer „dynamische[n] Mannigfaltigkeit von Kulturen“ (Vogt und Holdgrün 2013: 13) sprechen. Vor unterschiedlichen kulturellen Hintergründen können sich ähnliche gesellschaftliche Phänomene herausbilden. Noch dazu, wenn dieser Prozess begleitet wird von vergleichbaren strukturellen Rahmenbedingungen; im vorliegenden Vergleichsfall Deutschland-Japan etwa von einer lange Zeit konservativ ausgerichteten Familienpolitik in beiden Ländern. Das Ziel dieses Beitrags ist, die parallel verlaufenden demografischen Trends mit dem Schwerpunkt der Geburtenentwicklung vor dem Hintergrund der spezifischen Gegebenheiten in beiden Gesellschaften zu erläutern.

## Geburten in Deutschland und Japan

Das Geburtenniveau in Deutschland und in Japan zählt zu den niedrigsten im weltweiten Vergleich, wobei Japan im Jahr 2013 mit einer Geburtenziffer von 1,43 ein nahezu identisches Niveau aufweist wie Deutschland mit 1,41. Abbildung 1 zeigt die Ähnlichkeiten und Unterschiede in den Verläufen des Geburtenrückgangs. Der Rückgang in Japan verlief in zwei Phasen. Die erste fand während der 1950er Jahre und damit in unmittelbarem Anschluss an die Babyboom-Jahre 1947 bis 1949 statt. In dieser Zeit wurde der Zugang zu Verhütungsmethoden – seit Mitte der 1930er Jahre im Zuge einer dezidiert pronatalistischen Politik kaum gegeben – drastisch vereinfacht. Zudem wurde das Abtreibungsgesetz liberalisiert (Schoppa 2008: 643–644). Ein zweiter Rückgang setzte 1975 ein und kam erst 2005 zum Stillstand. Dieser trägt

Abb. 1: Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland und Japan, 1930-2012




Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistics Japan

© BiB 2015

Züge von Europe's Second Demographic Transition. Ein Wertewandel, wie er in Europa stattgefunden hat, lässt sich für Japan allerdings erst ab den 1990er Jahren nachvollziehen und fällt zusammen mit dem Ende des wirtschaftlichen Hochwachstums und dem damit notwendig gewordenen Abschied vom Familienmodell des männlichen Alleinverdieners.

Dieser Geburtenrückgang seit den 1970er Jahren wird von Surkyn und Lesthaeghe (2004) neben der Verbreitung von Verhütungsmitteln mit der Betonung der individuellen Autonomie in ethischer, moralischer und politischer Hinsicht verbunden, der damit einhergehenden Ablehnung aller Formen institutioneller Kontrolle und Autorität und mit der zunehmenden Verbreitung expressiver Werte im Zusammenhang mit den höheren Bedürfnissen der Selbstverwirklichung. Für Japan wird zusätzlich auf die Diskrepanz zwischen fortschreitender Frauenemanzipation und dem Fortbestehen traditioneller Familiensysteme verwiesen (Atoh, Kandiah und Ivanov: 2004). Auffällig ist, dass der Geburtenrückgang in Japan langsamer verlaufen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, das er lange Zeit ohne die Verfügbarkeit der Anti-Baby-Pille stattgefunden hat.

Blickt man weiter in die Vergangenheit, zeigt sich, dass die Geburtenentwicklung in Japan durch weniger starke Schwankungen gekennzeichnet ist. Tiefe Einschnitte wie sie in Deutschland etwa in Folge der Geburtentiefs im Ersten und Zweiten Weltkrieg zu beobachten sind, haben in Japan in nivellierter Form stattgefunden. In dem Sinken der Geburtenrate im Japan der 1920er Jahre allerdings spiegeln sich die gesellschaftlichen Trends von Industrialisierung und Urbanisierung wider (Schoppa 2008: 640–643). Auffällig in diesem Kontext ist das einjährige Geburtentief im Jahr 1966. Die zusammengefasste Geburtenziffer sank von 2,14 auf 1,58, um im darauffolgenden Jahr wieder auf 2,23 zu steigen. Verursachend wirkt hier das nach dem chinesischen Kalender alle 60 Jahre wiederkehrende Jahr des Feuerpferdes. Von den in solchen Jahren geborenen Frauen wird angenommen, dass sie für ihren Ehemann einen frühen Tod bringen. Sie haben daher stark verminderte Chancen auf dem Heiratsmarkt. Ein ähnlicher Effekt lässt sich auch für das Jahr 1906 feststellen.

Japans Fertilitätsproblem basiert zum Teil auf einem Wertekonflikt zwischen Modernisierung und Traditionalismus; einflussreicher als dieser jedoch schlagen sich strukturelle Rahmenbedingungen, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsmarktpartizipation, in der Familiengründung nieder. Die in den vergangenen Dekaden stark zugenommene Deregulierung des japanischen Arbeitsmarkts drängt mittlerweile auch mehr und mehr Männer in irreguläre Beschäftigungsverhältnisse. Die Zeiten der lebenslangen Anstellung und des Senioritätsprinzips – Grundpfeiler des japanischen Wirtschaftswunders – sind längst nur noch für eine kleine Minderheit männlicher Angestellter zugänglich. Allen Unkenrufen um das Strukturprogramm der „Womenomics" zum Trotz, gelten Frauen in Japan zudem nach wie vor als Arbeitskräfte zweiter Klasse, da mit ihren Lebensentwürfen die „innerbetriebliche[n] ‚Rundumnutzung'" (Schad-Seifert 2015: 22), d.h. Überstunden und Trinkabende mit den Kollegen, selten vereinbar ist.

Verbunden mit der Deregulierung des japanischen Arbeitsmarkts ist auch eine Dequalifizierung männlicher Arbeit, wodurch ein relativ großer Teil der Männer als Ehepartner unattraktiv wird. Es wird von einer Dysfunktionalität des Heiratsmarktes berichtet: „Japanerinnen suchten sich ihre Partner nach dem ‚Gesetz des doppelten Einkommens' aus. Der Partner sollte demnach das doppelte Jahreseinkommen der Frau in die Beziehung einbringen." (Bökenkamp 2013). Immer weniger japanische Männer können entsprechende Anstellungen und Einkommen bieten und damit ist eine Heiratsbarriere entstanden.

Hinzu kommt, dass Verheiratetsein und Kinderhaben eng miteinander verknüpft sind. Die Anteile nichtehelich geborener Kinder sind mit 2,15 % (2010) in Japan extrem niedrig. In Deutschland werden gegenwärtig etwas mehr als ein Drittel aller Kinder von unverheirateten Frauen zur Welt gebracht. Für Japan gilt, dass Ehelosigkeit zu Kinderlosigkeit führt und damit das Geburtenniveau begrenzt wird. Hara (2008: 42) gibt die Kinderlosigkeit für den Geburtsjahrgang 1960 mit 12,7 % an und verweist darauf, dass für den Jahrgang 1970 ein Wert von 30 % erwartet wird. Als häufigsten Grund für Kinderlosigkeit geben die japanischen Frauen an, dass kein geeigneter Partner verfügbar sei (Hara 2008: 53). Für Frauen ab Mitte 30, die unverheiratet und kinderlos sind, ist der Begriff ‚Makeinu' geprägt worden, was so viel wie ‚im Kampf geschlagener Hund' bedeutet.

In Deutschland ist die hohe Kinderlosigkeit (Geburtsjahrgang 1970: 21,9 %) vor allem durch die Situation im früheren Bundesgebiet zu erklären. Der Erklärungs-

ansatz für Deutschland ist nicht mit Japan identisch, hat aber ebenfalls einen deutlichen Genderrollenbezug. „Für Westdeutschland gilt umgekehrt, dass die oftmals schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufgrund fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen sowie das nach wie vor präsente Leitbild der ‚guten Mutter', also der Mutter, die zum Kind gehört, die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass berufsorientierte Frauen häufiger kinderlos bleiben. Frauen, die ihre Kinder außerhäuslich betreuen lassen, gelten in Westdeutschland schnell als ‚Rabenmütter' oder halten sich selbst für solche. Um eine solche (Selbst-)Stigmatisierung zu vermeiden, verzichten sie oftmals auf Kinder, wenn sie berufstätig bleiben wollen." (Schneider und Dorbritz 2011: 33).

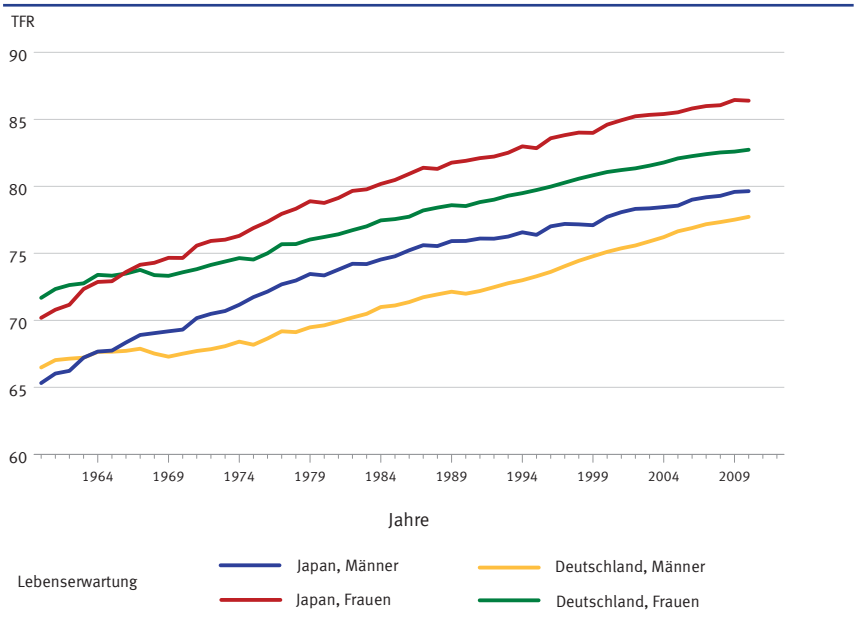
## Lebenserwartung im Vergleich

Japan hat zumindest bei den Frauen mit 86,41 Jahren die höchste Lebenserwartung der Welt. Die Männer werden im Durchschnitt 79,94 Jahre alt (Sterbetafel 2010). Im Vergleich dazu erreicht die Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland für Männer 77,72 und für Frauen 82,73 Jahre. Wie in vielen Regionen der Welt steigt die Lebenserwartung auch in Deutschland und Japan kontinuierlich an (Abb. 2). „Momentan ist kein Ende in Sicht. Die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland liegt bei 80 Jahren. Wenn wir davon ausgehen, dass die Lebenserwartung wie in den letzten 160 Jahren pro Dekade um 2,5 Jahre steigt, im Jahre 1840 lag sie in Schweden bei 45 Jahren, heute liegt sie in einigen Nationen bereits bei 85 Jahren, würden wir erwarten, dass die Lebenserwartung in 80 Jahren auf 100 und in 160 Jahren auf 120 Jahren steigt." (Vaupel 2007).

Zu Beginn der 1960er Jahre hatte Deutschland noch einen Vorsprung bei der Lebenserwartung. Danach ist die Lebenserwartung in Japan schneller gestiegen. Bei den Männern hat sich seit den 1990er Jahren der Abstand wieder verringert, während bei den Frauen die Differenz unverändert geblieben ist.

Der Anstieg wird auf die schnell sinkende Sterblichkeit ab dem 80. Lebensjahr zurückgeführt, die sich seit 1960 in etwa halbiert hat. Dieser Trend basiert auf der Reduktion der Herz-Kreislauf-Sterblichkeit. Dabei wird dem medizinisch-technischen Fortschritt eine große Rolle zugeschrieben. „Man spricht in der Wissenschaft von der kardiovaskulären Revolution. Ärzte können Krankheiten, insbesondere am Herzen in vielerlei Hinsicht besser behandeln. Hinzu kommt das höhere Wissen um die eigene Gesundheit." (Rau 2013). Wer im heutigen Japan das 80. Lebensjahr erreicht, kann als Frau eine weitere Lebenszeit von durchschnittlich 11,59 Jahren und als Mann von 8,57 Jahren erwarten. In Deutschland ist die fernere Lebenserwartung mit 9,13 (Frauen) bzw. 7,77 Jahren (Männer) niedriger.

Abb. 2: Geschlechtsspezifische Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland und Japan




Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistics Japan

© BiB 2015

Wird über die Lebenserwartung in Japan gesprochen, wird häufig das Beispiel Okinawa – die Insel der Hundertjährigen – herangezogen. Der Anteil der Hundertjährigen ist um das Fünffache höher als in Deutschland. Die Ursache dafür wird in einem Zusammenspiel vielfältiger Faktoren wie Essgewohnheiten, Klima, Lebensstil oder Bewegung angenommen. Als entscheidend wird aber die Esskultur angesehen, wobei zwei Faktoren eine wichtige Rolle haben. Erstens sind es die Essgewohnheiten: „Kurzgefasst ist die traditionelle Ernährungsweise auf Okinawa eine beiläufige aber konsequente Umsetzung dessen, was Wissenschaftler und

Mediziner als in höchstem Maße gesund postulieren. Sie ist reich an Obst und Gemüse, Fisch wird dem Fleisch vorgezogen, und als wichtiger Eiweißlieferant dient das cholesterinfreie Soja.“ (www.einfach-jung.de). Zweitens wird auf die Effekte der 80 %-Regel verwiesen, die besagt, dass man nur bis zu dem Punkt isst, an dem man zu 80 % gesättigt ist. In den 1980er Jahren hatten die Frauen in Okinawa einen Vorsprung von fast 3 Jahren gegenüber dem japanischen Durchschnitt. Mittlerweile hat sich der Vorsprung verkleinert, beträgt aber immer noch mehr als ein Jahr. Bei den Männern betrug der Vorsprung 1,39 Jahre. Inzwischen ist aber die Lebenserwartung auf Okinawa niedriger als in Japan insgesamt. Das ist auf die verringerte Lebenserwartung der jüngeren Männergenerationen zurückzuführen, die dem traditionell gesunden Lebensstil nicht treu geblieben sind. Verlockend mag dabei die geballte Präsenz von Schnellimbissrestaurants in Okinawa wirken. KFC, McDonald’s und Co. weisen auf Okinawa die pro Einwohner gerechnet dichteste Präsenz in ganz Japan auf – ein direktes Ergebnis des Kulturtransports der US-amerikanischen Soldaten, die auf Okinawa immer noch in hoher Zahl stationiert sind (Vogt 2003: 198).

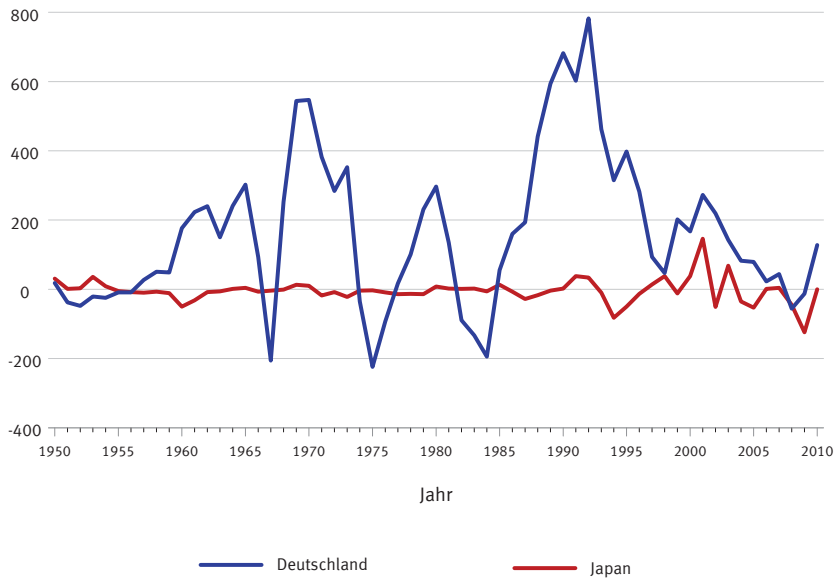
## Internationale Migration

Im Unterschied zu Deutschland setzt Japan nicht auf Zuwanderung. Darüber besteht in der Regierung, den politischen Parteien, den Gewerkschaften und der Bevölkerung eine breite Übereinstimmung. Die japanische Zuwanderungspolitik gilt als restriktiv. Sie folgt zwei Prinzipien: Zugewanderte müssen hochqualifiziert sein und es ist lediglich temporäre Zuwanderung erlaubt. 1990 wurden die Einreisemöglichkeiten für Ausländer nach Japan gelockert. Bis dahin war die Einreise nur für wenige genau definierte Aufenthaltsgründe möglich (z. B. Familienzusammenführung, Studium, akademische oder künstlerische Tätigkeiten). Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Gruppe der Ausländer von allem von den Migranten und deren Nachfahren gebildet, die hauptsächlich in Korea zwischen 1910 und 1945 als Zwangsarbeiter rekrutiert wurden. In den letzten zwei Jahrzehnten ist dann die Gruppe der Personen angewachsen, die zu Studienzwecken oder für Praktika nach Japan gekommen sind.

Erst in jüngster Zeit zeichnet sich ein zaghafter Paradigmenwechsel in Japans Zuwanderungspolitik ab. Erstmals rekrutiert Japan nun sektorspezifisch und nationenspezifisch internationale Arbeitskräfte. Abkommen mit Indonesien (in Kraft getreten 2008), mit den Philippinen (2009) und mit Vietnam (2014) erlauben nun die Zuwanderung von maximal 1.000 Pflegekräften aus einem jeden dieser Länder pro Jahr nach Japan. Doch die Programme sind unattraktiv gestrickt. Insbesondere das geforderte hohe Niveau der Beherrschung der japanischen Sprache und Schrift wird als Hürde angesehen. Bis dato wurden die gesetzten Quoten kaum zu einem Fünftel erfüllt. Die Summe der ausländischen Pflegekräfte, die in Japan geblieben sind, bewegt sich zudem im zweistelligen Bereich. Das Programm muss damit als gescheitert beurteilt werden (Vogt 2011; Vogt 2014).

Ergebnisse der rigiden Einwanderungspolitik sind geringe Wanderungsgewinne und ein niedriger Anteil der ausländischen Bevölkerung. In Japan leben gegenwärtig 2,134 Millionen Ausländer, was einem Bevölkerungs-

Abb. 3: Wanderungsbilanz in Deutschland und Japan, 1950-2010 (in 1.000)




Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistics Japan

© BiB 2015

anteil von 1,7 % entspricht. Seit 1990 hat sich die Zahl der Ausländer in Japan zwar verdoppelt, der Anteil ist aber immer noch außerordentlich niedrig. Die Mehrheit der Zugewanderten sind Asiaten, die vor allem aus China (1.281.469) und Indien (687.156) stammen. Aber auch der Anteil der aus Südamerika zugewanderten Personen ist mit 300.142 im Jahr 2010 relativ hoch. Diese Gruppe wird vor allem von Brasilianern, den Nachfahren ehemaliger japanischer Auswanderer, gebildet.

Die Wanderungsbilanz ist seit 1990 häufiger negativ als positiv, wobei die Wanderungsgewinne bzw. -verluste meist gering ausfallen (Abb. 3). Daher fällt auch die negative Nettowanderungsbilanz zwischen 1990 und 2010 mit -94 Tsd. Personen eher gering aus. Seit 2007 sterben in Japan mehr Menschen als geboren werden. Damit sind sowohl die natürliche Bevölkerungsbilanz als auch die Wanderungsbilanz negativ, so dass eine Phase der Bevölkerungsschrumpfung eingesetzt hat. Bis 2004 konnten die negativen Wanderungsbilanzen immer durch die Geburtenüberschüsse ausgeglichen werden.

Im Vergleich dazu hat Deutschland seit 1990 einen Wanderungsgewinn von 5,6 Millionen Personen erzielt. Die deutsche Wanderungsbilanz ist mit wenigen Ausnahmejahren seit 1950 positiv. Das Bevölkerungswachstum basiert ausschließlich auf der positiven Wanderungsbilanz, da im Gegensatz zu Japan Sterbefallüberschüsse bereits seit den 1970er Jahren bestehen. In Deutschland haben 19 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund und der Ausländeranteil beträgt 8,2 %.

Die wesentlichen Unterschiede zwischen Deutschland und Japan hinsichtlich des Migrationsgeschehens sind, dass Deutschland deutlich höhere Wanderungsgewinne erzielt, dass hinter den Wanderungsbilanzen mehr Zu- und Fortzüge stehen als in Japan und dass Deutschland auf Zuwanderung setzt und seine Zuwanderung regelt. Dies ist ein Vorgehen, das in Japan erst in Ansätzen und nur im Pflegebereich zu erkennen ist. In Deutschland ist das Thema Migration Teil der öffentlichen Debatte, während es in Japan eher tabuisiert wird.

## Fazit: Altern der Bevölkerung und beginnende Schrumpfung

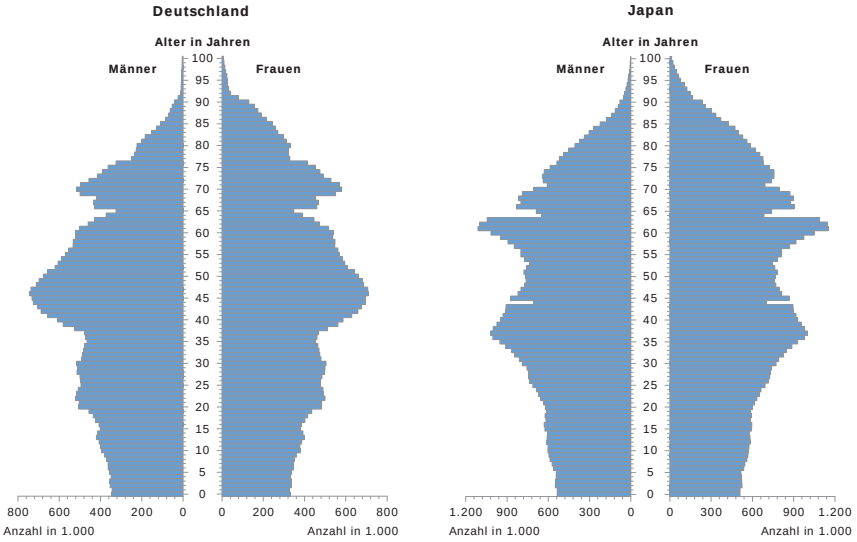
Beide Bevölkerungen gehören zu den ältesten der Welt. In Japan verläuft der Alterungsprozess allerdings schneller als in Deutschland und ist weiter vorangeschritten (Abb. 4). Das liegt daran, dass erstens die japanischen Babyboomer früher geboren wurden, daher älter als die deutschen sind und damit früher in das Rentenalter eintreten. Zweitens verzeichnet Japan eine höhere Lebenserwartung als Deutschland, wodurch der Alterungsprozess beschleunigt wird. Drittens verfügt Japan nicht über eine Zuwanderung, die Alterungseffekte mildern könnte.

Die Unterschiede im Alterungsprozess veranschaulichen die Anteile der Personen, die 65 Jahre oder älter sind: 1990 war der Anteil in Deutschland mit 15,3 % noch höher als in Japan (12,1 %).

Im Jahr 2012 betrug der Anteil in Japan bereits 24,2 %, während in Deutschland nur ein Anstieg auf 21,1 % zu verzeichnen war.

Eine weitere Besonderheit Japans ist, dass die Alterung der Bevölkerung von einem einsetzenden Schrumpfungsprozess begleitet wird. Beide, die natürliche Bevölkerungsbilanz und die Wanderungsbilanz, haben seit kurzem negative Vorzeichen. Für Deutschland werden zwar auch Rückgänge der Bevölkerungszahl prognostiziert, diese wurden bisher aber

Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland und Japan, 2010 (in 1.000)




Datenquelle: Statistisches Bundesamt
Statistics Bureau, Ministry of Internal Affairs and Communications, Population Census of Japan

© BiB 2015

fast immer durch eine starke Zuwanderung verhindert. Eine negative natürliche Bevölkerungsbilanz besteht in Deutschland im Gegensatz zu Japan bereits seit 1972.

Obwohl die demografischen Trends weitgehend in die gleiche Richtung verlaufen, lassen sich zwei große Unterschiede zwischen den demografischen Situationen und den Bewältigungsstrategien herausstellen: Erstens werden die Alterung und die Schrumpfung der Bevölkerung in beiden Ländern von einem Fachkräftemangel begleitet. Obwohl es für Japan im Pflegebereich gezielte Einwanderung gibt, lässt sich der Unterschied mit folgendem Zitat gut beschreiben: „Ein Land, dessen Wirtschaft nicht über genügend Arbeitskräfte verfügt, setzt gewöhnlich auf Einwanderer. Japan hingegen möchte einen ganz anderen Weg einschlagen: Roboter sollen es richten." (Asienspiegel: 2014). Zuwanderung wird in Japan nicht als demografischer Lösungsansatz akzeptiert. Es scheint auch im politischen Raum nicht möglich, Zuwanderung zu thematisieren. „In Japan wäre es politischer Selbstmord, eine Immigrationskampagne zu fahren" (Arudou: 2012). Hinzu kommt ein hohes Bewusstsein um eine – zumindest als solche überlieferte – historische Homogenität der Bevölkerung. Dass diese zwar gefühlt in Japan existiert, jedoch historisch nicht haltbar ist, soll an dieser Stelle hervorgehoben werden. Und dennoch: „Die meisten Japaner können sich einfach nicht vorstellen, ihr Land mit Ausländern teilen zu müssen" (Arudou: 2012). Daraus wird die Wahl zwischen zwei Krisen abgeleitet: „Entweder stürzt das Land aufgrund des Schwunds seiner Arbeitskräfte und der demografischen Endlosschleife aus Nachwuchsmangel und Überalterung in eine dauerhafte Wirtschaftskrise. Oder aber es gerät aufgrund von Zuwanderung in eine Identitätskrise, weil es seine noch immer gefühlte Homogenität aufgibt." (Klingholz und Vogt 2013: 30).

Zweitens verfügen beide Länder aus unterschiedlichen Gründen über ein sehr niedriges Geburtenniveau. Japan ist aufgrund eines nicht funktionierenden Heiratsmarktes durch eine niedrige Verheiratungsquote gekennzeichnet, was quasi automatisch eine hohe Kinderlosigkeit bedeutet. In Deutschland besteht dieser Zusammenhang auch, ist aber deutlich entkoppelter. Alleinerziehende und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern sind gesellschaftliche Normalität, in Japan kommen diese Lebensformen kaum vor. Daher erscheint in Deutschland ein Geburtenanstieg leichter realisierbar zu sein als in Japan. Versuche der japanischen Regierung, pronatalistisch zu agieren, sind bislang fehlgeschlagen.

Japan wie Deutschland gelten als die Pioniere im Umgang mit dem demografischen Wandel. Damit entsteht die Frage, ob Deutschland aufgrund des dort weiter fortgeschritten Alterungsprozesses von Japan lernen kann. Diese Frage wird eher verneint. Klingholz (2013) stellt dazu fest: „Deutschland kann lernen, welche Fehler man unterlassen sollte".

## Literaturverzeichnis


Arudou, Debito (2012): Alt und Ausländerfeindlich. In: *Zeit Online*, 16. Dezember 2012. http://www.zeit.de/2012/50/Japan-Wirtschaft-Arbeitskraefte-Einwanderer

Asienspiegel (2014): Roboter statt Einwanderer. http://asienspiegel.ch/2014/06/roboter-anstatt-einwanderer/

Atoh, Makoto; Kandiah, Vasantha; Ivanov, Serguey (2004): The Second Demographic Transition in Asia? A Comparative Analysis of the Low Fertility Situation in East and South-East Asian Countries. In: *The Japanese Journal of Population*, Vol. 2, No. 1: 42-75

Bökenkamp, Gérard, 2013: Demographie: Japan – ein soziologisches Experiment. In: Denken für die Freiheit. Blog des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, https://liberalesinstitut.wordpress.com/2013/09/16/demographie-japan-ein-soziologisches-experiment/

Eisenstadt, Shmuel N. (2000): Multiple Modernities. In: *Daedalus* 129, 1: 1-29

Hara, Toshihiko (2008): Increasing Childlessness in Germany and Japan: Toward a Childless Society? In: *International Journal of Japanese Sociology,* Vol. 17, No. 1: 42-62.

Hara, Toshihiko (2015): A Shrinking Society. Post-Demographic Transition in Japan. Springer 2015

http://www.einfach-jung.de/Vorbilder/Okinawa.html

Klingholz, Reiner (2013): Japans Bevölkerung stirbt langsam aus. In: *Die Welt Online*. http://www.welt.de/politik/ausland/article117397916/Japans-Bevoelkerung-stirbt-langsam-aus.html

Klingholz, Reiner; Vogt, Gabriele (2013): Demografisches Neuland. In: *Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung*, Discussion Paper 11.

Rau, Roland (2013): Steiler Anstieg der Lebenserwartung. Die Zahl der 100-Jährigen wächst rapide. In: *Focus Online*, http://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/herz/tid-29432/steiler-anstieg-der-lebenserwartung-die-zahl-der-100-jaehrigen-waechst-rapide_aid_915831.html

Schad-Seifert, Annette (2015): Womenomics. In: *IP – Die Zeitschrift*, März-Juni 2015: 20-23

Schoppa, Leonard (2008): Demographics and the State. In: Coulmas, Florian; Conrad, Harald; Schad-Seifert, Annette; Vogt, Gabriele (Hg.): *The Demographic Challenge. A Handbook about Japan*. Leiden/Boston: Brill: 639-652

Schneider, Norbert F.; Dorbritz, Jürgen (2011): Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10-11: 26-34.

Surkyn, Johan; Lesthaeghe, Ron (2004): Wertorientierungen und ‚second demographic transition' in Nord-, West- und Südeuropa: Eine aktuelle Bestandsaufnahme. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 29, 1: 63-98

Vaupel, James (2007): Universität Heidelberg, Interview vom 18. Juli 2007 mit Dr. Birgit Teichmann. http://www.nar.uni-heidelberg.de/service/int_vaupel.html

Vogt, Gabriele (2014): When the Leading Goose Gets Lost: Japan's Demographic Change and the Non-Reform of its Migration Policy. In: *Asian Studies. Journal of Critical Perspectives on Asia*, 49, 2: 14-44

Vogt, Gabriele (2011): The Political Economy of Health-Care Migration. In: Coulmas, Florian; Lützeler, Ralph (Hg.): *Imploding Populations in Japan and Germany*. Leiden/Boston: Brill: 323-346

Vogt, Gabriele (2003): *Die Renaissance der Friedensbewegung in Okinawa. Innen- und außenpolitische Dimensionen 1995-2000*. München: iudicium.

Vogt, Gabriele; Holdgrün, Phoebe (2013): Modernisierungsprozesse in Japan – Von Meiji bis zur Gegenwart. In: Vogt, Gabriele; Holdgrün, Phoebe (Hg.): *Modernisierungsprozesse in Japan*. München: iudicium: 11-28.

Anton Peez

# Bevölkerung und nachhaltige Entwicklung: Neue Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft

**Für die globale Entwicklungspolitik steht im September 2015 eine Neuausrichtung an. Die seit 2000 geltenden Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) der Vereinten Nationen werden von den Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) abgelöst, welche bis 2030 gültig sein sollen. Für deren Umsetzung spielt der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdynamik und Entwicklung, wie bereits auf der Bevölkerungskonferenz von Kairo 1994 formuliert, eine wichtige Rolle.**

**Dieser Beitrag diskutiert die Umsetzung bevölkerungsbezogener MDGs am Beispiel von Subsahara-Afrika und die künftige Berücksichtigung von Bevölkerungsfragen im Rahmen der SDGs in der post-2015 Entwicklungsagenda. Welche Lehren wurden aus den MDGs (2000–2015) gezogen, und wie werden sie in den SDGs (2015–2030) umgesetzt?**

**Dies war auch Thema der 48. Sitzung der Commission on Population and Development (CPD) der Vereinten Nationen (UN) im April 2015, an welcher das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung als Teil der deutschen Delegation mitwirkte.**

## 1. Entwicklungsziele im Blickpunkt der UN: Der Weg von Kairo bis heute

Die Millenniums-Entwicklungsziele der UN (s. Abb. 1) haben seit dem Jahr 2000 die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) maßgeblich beeinflusst und sind auch für die deutsche EZ von zentraler Bedeutung. Nun laufen diese Richtlinien aus und sollen durch eine Reihe neuer mittelfristiger Ziele ersetzt werden. Die Verhandlungen für die neuen nachhaltigen Entwicklungsziele, die bis 2030 umgesetzt werden sollen, laufen seit mehreren Jahren und werden im September 2015 auf einem Weltgipfel der Vereinten Nationen formell beschlossen.

Bevölkerungsfragen und -daten spielen in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle. Für die vorausschauende Planung von z. B. Nahrungsmittelversorgung, Bildung und des Gesundheitswesens sind sie essenziell (Nuscheler/Roth 2006: 31–33). Ohne Berücksichtigung von Geburten- und Sterblichkeitsverhältnissen, von Bevölkerungswachstum und -zahl sowie der sich verändernden Altersstrukturen können Prioritäten kaum angemessen festgelegt und grundlegende Infrastrukturangebote nicht nachfragegerecht erbracht werden. Tatsächlich gibt es auch einen starken Zusammenhang zwischen sinkendem Bevölkerungswachstum und Erfolgen bei der Entwicklung (Herrmann 2015: 32). Länder, in denen die Anzahl der Kinder je Frau zurückgeht, erfahren dadurch eine „demografische Dividende“, die für wirtschaftliche Entwicklung genutzt werden kann. Zugleich setzt damit auch ein Rückgang des Bevölkerungswachstums ein, der die Versorgung mit den o. g. Infrastrukturangeboten erleichtert. Unter sonst gleichen Produktions- und Konsumbedingungen sind langsamer wachsende Bevölkerungen auch nachhaltiger, weil ihre Ressourcenbeanspruchung geringer ist. Entwicklung wiederum wirkt sich langfristig, vor allem über eine bessere Bildung und gesellschaftliche Stellung von Mädchen und Frauen, auf die Zahl der Kinder aus und trägt somit zu einer Begrenzung des Bevölkerungswachstums bei. Der enge wechselseitige Zusammenhang von Bevölkerungsdynamik und Entwicklung stand entsprechend im Mittelpunkt der Weltbevölkerungskonferenz von 1994 in Kairo (*International Conference on Population and Development*, *ICPD*) und ist die Grundlage für eine Neuausrichtung des Verständnisses von Entwicklung. Bis heute ist das Konzept der „Entwicklung“ umstritten (König 2011: 42–45).

Im Kern geht es hierbei um die Frage, welche Ziele Entwicklung verfolgen soll und welche Prioritäten gelten sol-

Abb. 1: Die Ziele der „Milleniumserklärung“ aus dem Jahr 2000

**Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs)**

**MDG 1** Extreme Armut und Hunger beseitigen
**MDG 2** Allgemeine Grundschulbildung verwirklichen
**MDG 3** Gleichstellung der Geschlechter fördern und Rechte und Rolle der Frau stärken
**MDG 4** Kindersterblichkeit senken
**MDG 5** Gesundheit von Müttern verbessern
**MDG 6** HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen
**MDG 7** Ökologische Nachhaltigkeit sichern
**MDG 8** Eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2010)

Abb. 2: Die Ziele der nachhaltigen Entwicklungsagenda 2015

## 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs)

(Vorschlag – endgültige Fassung wird im September 2015 beschlossen)

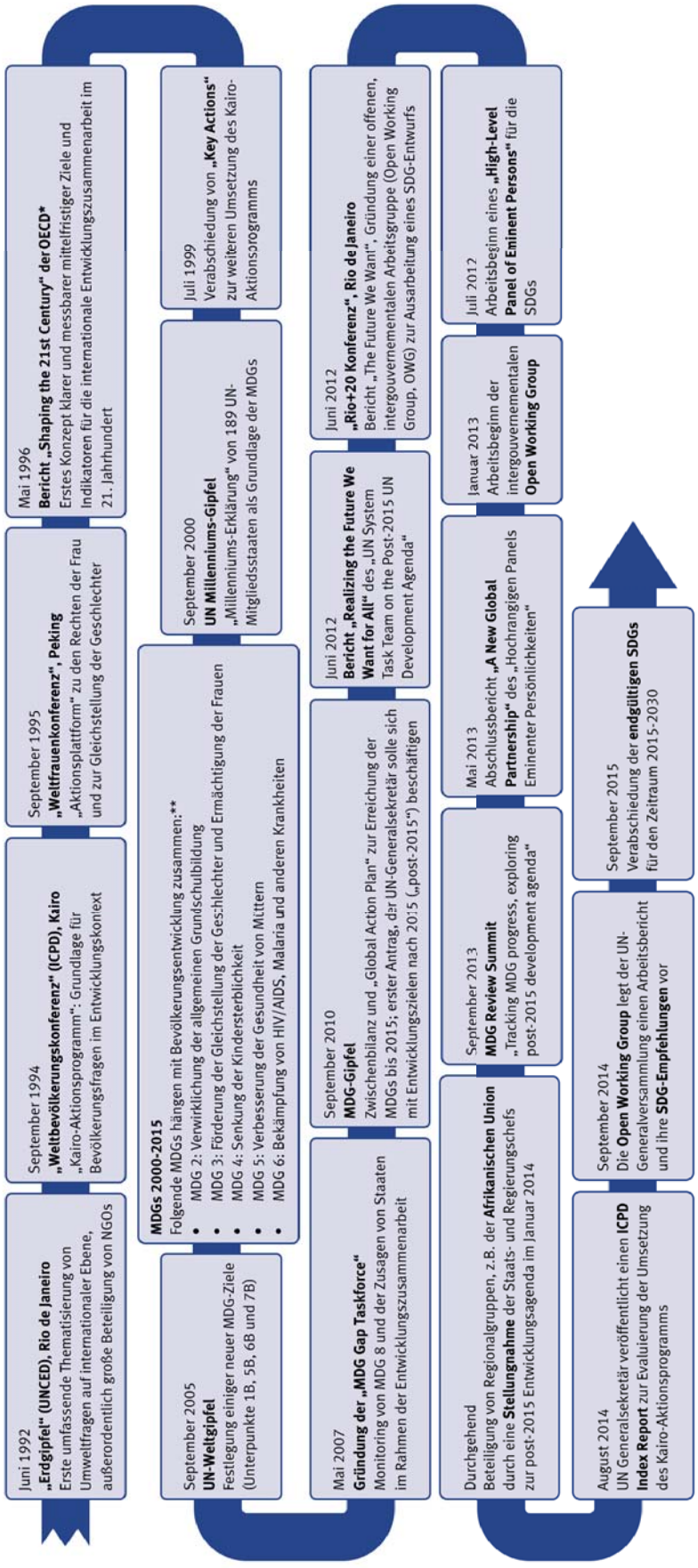
1. **Armut** in jeder Form und überall **beenden**
2. Den **Hunger beenden,** Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
3. Ein **gesundes Leben für alle** Menschen jeden Alters **gewährleisten** und ihr Wohlergehen fördern
4. Inklusive, gerechte und hochwertige **Bildung gewährleisten** und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern
5. **Geschlechtergerechtigkeit** und **Selbstbestimmung** für alle Frauen und Mädchen erreichen
6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von **Wasser und Sanitärversorgung für alle** gewährleisten
7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer **Energie für alle** sichern
8. Dauerhaftes, inklusives und **nachhaltiges Wirtschaftswachstum,** produktive **Vollbeschäftigung** und **menschenwürdige Arbeit für alle** fördern
9. Eine **belastbare Infrastruktur aufbauen,** inklusive und **nachhaltige Industrialisierung** fördern und Innovationen unterstützen
10. **Ungleichheit** innerhalb von und zwischen Staaten **verringern**
11. **Städte und Siedlungen** inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen
12. Für **nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster** sorgen
13. Umgehend Maßnahmen zur **Bekämpfung des Klimawandels** und seiner Auswirkungen ergreifen (in Anerkennung der Tatsache, dass UNFCCC das zentrale internationale, zwischen- staatliche Forum zur Verhandlung der globalen Reaktion auf den Klimawandel ist)
14. **Ozeane, Meere** und **Meeresressourcen** im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
15. **Landökosysteme schützen**, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen
16. **Friedliche und inklusive Gesellschaften** im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
17. Umsetzungsmittel stärken und die **globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung** wiederbeleben

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2015)

len. Die ICPD in Kairo hat 1994 erstmals auf internationaler Ebene im Konsens anerkannt, dass der Mensch im Zentrum von Entwicklung steht und betonte dabei die Bedeutung von Menschenrechten und Freiheiten des Individuums. Dies stellt einen Wandel zur früheren Praxis dar, die eine Steigerung der Wirtschaftsleistung als wesentlichen Maßstab für Entwicklung und Bevölkerungspolitik betrachtete. Der Ansatz des Aktionsprogramms zur Familienplanung stärkt zudem das individuelle Recht der Menschen, selbst über ihre Sexualität zu bestimmen und steht damit im Gegensatz zu damals weit verbreiteten Maßnahmen der Bevölkerungspolitik, die für die Familienplanung Vorgaben festlegten, wie z. B. die sogenannte Ein-Kind-Politik in China. Der Mensch gilt seither nicht mehr nur als bloßer „Begünstigter“ oder „Empfänger“ von Entwicklung, sondern als Träger und aktiver Teilnehmer am Entwicklungsprozess. Die Kairoer Konferenz gilt auch als ein entscheidender Punkt bei der Stärkung des Schutzes der Menschenrechte von Frauen und Kindern im Entwicklungskontext.

Bei der Konferenz traten jedoch auch eine Reihe von Konfliktlinien und Kontroversen auf. Die Debatten zu sexueller und reproduktiver Gesundheit, Familienplanung, Empfängnisverhütung, Sexualaufklärung, Gleichstellung der Geschlechter sowie Rollen innerhalb der Familie polarisierten. Der progressiven Haltung einer Mehrheit der Industrieländer standen viele lateinamerikanische und islamische Staaten sowie der Vatikan entgegen. Diese bekräftigten in ihren Vorbehalten gegenüber dem verabschiedeten Aktionsprogramm eine traditionelle Rollenverteilung innerhalb der Familie und lehnten ausdrücklich Interpretationen des Programms ab, welche nach ihrer Ansicht zu einer Legitimierung von Abtreibung führen könnten. Trotzdem zählt die Kairoer Konferenz mit einer Reihe weiterer UN-Meilensteine der 1980er und 1990er Jahre – etwa dem Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ von 1987, dem „Erdgipfel“ 1992 (Rio de Janeiro) und der Weltfrauenkonferenz 1995 (Peking) – zu den Vorläufern der aktuellen Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs).

Die MDGs sind das Ergebnis der im September 2000 von 189 Staats- und Regierungschefs einstimmig beschlossenen „Millenniumserklärung“ und die erste weltweite Initiative, die klare mittelfristige Entwicklungsziele und -indikatoren unter dem Dach einer übergreifenden Agenda für Entwicklung vereinigte. Die acht Entwicklungsziele (s. Abb. 1) und der dazugehörige Katalog von 21 Unterpunkten und 60 Indikatoren sind bis 2015 datiert. Diese Bündelung einer umfassenden und dennoch zielgerichteten Entwicklungsagenda ging als ein zent-




* OECD 1996
** Angenendt/Popp 2015; UN 2010

Anton Peez 2015

Abb. 3: Auf dem Weg zu den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG) im Jahr 2015

rales Vermächtnis von UN-Generalsekretär Kofi Annan (1997–2006) in die Geschichte ein.

Die MDGs griffen allerdings die Vorstöße der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 nur in Teilen auf und der Indikator, „bis 2015 den allgemeinen Zugang zu reproduktiver Gesundheit zu verwirklichen", wurde erst nachträglich aufgenommen (UN 2010). Die Konzentration der MDG-Agenda auf eine überschaubare Zahl an messbaren Indikatoren hatte auch einen unbeabsichtigten Nebeneffekt. So wurde beispielsweise das umfassende Kairo-Ziel der „Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter" allein auf den Indikator der Müttersterblichkeit reduziert. Eine Vielzahl anderer Faktoren der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte – etwa Verhütung, Familienplanung oder Sexualaufklärung – wurden somit außer Acht gelassen (Fukuda-Parr et al. 2014: 110-111). Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass die Konzentration der MDGs auf wenige Ziele und Indikatoren sowohl ihre Stärke als auch ihre Schwäche war.

2015 rief die Bundesregierung als „Jahr der Entwicklungspolitik" aus (BMZ 2015) – im September sollen neue Entwicklungsziele verabschiedet werden. Wurden die MDGs im Jahr 2000 innerhalb kürzester Zeit von einer kleinen Gruppe enger Vertrauter Kofi Annans im Keller des UN-Hauptquartiers entworfen (Tran 2012), so handelt es sich bei der laufenden Verhandlung der SDGs um einen mehrjährigen, inklusiven Prozess, an dem sowohl Staaten, als auch die Zivilgesellschaft beteiligt sind (s. Abb. 3). Der aktuelle Entwurf umfasst 17 Ziele und 169 Indikatoren und soll bis 2030 gelten. Somit ist er deutlich umfangreicher und ambitionierter als die MDGs. Kritiker bemängeln jedoch, der Entwurf sei stark „ausgedehnt" und „die 169 Gebote" seien deshalb von vornherein „zum Scheitern verurteilt" und könnten „schlechter als nutzlos" sein (The Economist 2015).

In den SDGs wird „Nachhaltigkeit" als umfassendes Konzept verstanden. Es beinhaltet dabei nicht etwa nur unmittelbare Umweltthemen, sondern hat zum Ziel „die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation (zu sichern) und gleichzeitig zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit zur Gestaltung ihres Lebens (zu erhalten)." (Brundtland-Bericht, UN WCED 1987; Übersetzung nach Hauff 1987). Durch die Erweiterung um das Querschnittsthema der „nachhaltigen Entwicklung" unterscheiden sich die SDGs (2015–2030) grundlegend von den MDGs (2000–2015). Der neue Fokus auf den Aspekt der Nachhaltigkeit von Entwicklung nimmt nun alle Staaten stärker in die Verantwortung, nicht nur wie bisher die weniger entwickelten Länder – denn das Konzept der Nachhaltigkeit geht über „Entwicklung" im engeren Sinn hinaus und betrifft z. B. auch die Produktion und den Konsum in den Industrieländern. Die Weiterentwicklung der Millennium-Entwicklungsziele im aktuellen SDG-Entwurf um wichtige neue Aspekte zeigt jedoch nach Auffassung führender Experten auch eine Schwäche. Die Bedeutung von Bevölkerungsdynamiken für das Konzept der Nachhaltigkeit wird in den neuen SDGs kaum thematisiert. Dabei beeinflussen Bevölkerungswachstum, Alterung und Migration viele der SDG-Indikatoren direkt oder indirekt (Herrmann 2015: 9), wie die Erfahrungen mit der Umsetzung der MDGs zeigen.

## 2. Keine Erfolgsgeschichte? Die Umsetzung der MDGs in Subsahara-Afrika und der Blick auf die künftigen SDGs

Trotz anhaltender und berechtigter Kritik[1] waren die Millenniums-Entwicklungsziele in Teilen erfolgreich. Bei der Halbierung der Armut oder der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung sind zum Beispiel Fortschritte zu verbuchen. Jedoch ist es bei dieser Feststellung nur sehr schwer möglich, Korrelation und Kausalität auseinanderzuhalten. Grundsätzlich darf man nicht vorschnell an die Erreichung einiger MDG-Indikatoren einzig und allein die Folgerung knüpfen, das MDG-Programm sei ein Erfolg auf ganzer Linie gewesen. Der tatsächliche Einfluss des MDG-Katalogs auf die weltweite Verbesserungen der Trinkwasserversorgung oder den Rückgang an Armut ist kaum genau zu bestimmen. Welche Lehren lassen sich nun aus der Umsetzung der MDGs ziehen und wie lassen sich diese auf die anstehenden SDGs übertragen – insbesondere hinsichtlich des Einflusses der Bevölkerungsdynamik auf die Entwicklung?

Trotz der nachgewiesenen Erfolge bleibt eine Region der Welt hinter den 2000 von der internationalen Staatengemeinschaft gesteckten Zielen weit zurück: Subsahara-Afrika. Zwar gibt es auch dort z. T. große Verbesse-

[1] Beispielhaft etwa die Unverbindlichkeit der MDGs sowie deren Messmethoden (Glotzbach et al. 2007: 22-23). Die Bezeichnung als „Minimumsentwicklungsziele" (Wichterich 2005: 20) bringt zum Ausdruck, dass es sich um einen Minimalkonsens zwischen den Staaten handelt und dass hierzu die Ziele von vorherigen Vereinbarungen – etwa das ICPD-Aktionsprogramm von Kairo – unterschritten wurden.

rungen, doch erreichen diese kaum die weitreichenden Ziele der MDGs. Im Folgenden soll am Beispiel von Subsahara-Afrika die Umsetzung von drei MDG-Indikatoren untersucht werden, die einen engen Zusammenhang zur Bevölkerungsdynamik aufweisen: Armut, Müttersterblichkeit und Bildung.

Bei diesen Indikatoren muss grundsätzlich beachtet werden, dass es auf dem afrikanischen Kontinent (wie auf allen Kontinenten) starke Unterschiede nicht nur zwischen Staaten, sondern auch innerhalb von Staaten gibt. So variiert etwa die Geburtenrate z. B. in Äthiopien je nach Region zwischen 1,5 und sieben Kindern pro Frau (Angenendt/Popp 2014: 6) – dies verdeutlicht die enorme Heterogenität der Region, in der 1,1 Mrd. Menschen in 54 Staaten leben.

### 2.1 Die Halbierung weltweiter Armut

Ein beachtlicher Erfolg, der bei der Diskussion um die MDGs häufig erwähnt wird, ist die vorzeitige Erreichung des ersten Entwicklungsziels. Die extreme Armut auf der Welt wurde bereits 2010 weltweit halbiert. 1990 lebten etwa 36 % der Weltbevölkerung von weniger als $1,25 am Tag (Kaufkraftäquivalent 2005), was nach Definition der Weltbank „extremer Armut“ entspricht, 2010 waren es nur noch 18 %.

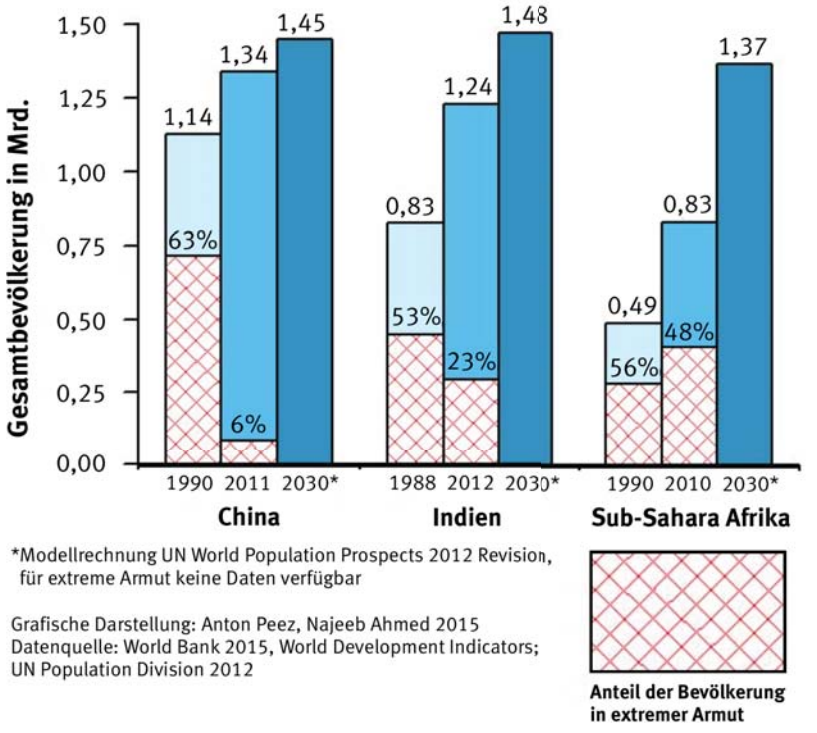
Wie kommt dieser große Fortschritt zustande? Zunächst kann ein Blick auf die Ausgangslage in verschiedenen Staaten und Regionen der Welt geworfen werden. Der Anteil der Menschen, die in China, Indien und Subsahara-Afrika 1990 in extremer Armut lebten, war mit 63 %, 53 % und 56 % recht ähnlich. Anzumerken ist jedoch, dass sich in diesen Regionen seit 1990 Fertilität und Bevölkerungswachstum sehr unterschiedlich entwickelt haben (s. Abb. 4, World Bank 2013). Als damals wie heute bevölkerungsreichstes Land der Welt trug China 1990 den Löwenanteil der weltweiten Armut. Doch zwischen 1990 und 2010 schrumpfte der Anteil armer Menschen in der Volksrepublik von 63 % auf bemerkenswerte 6 % der Bevölkerung (UN 2014a: 8). Die Halbierung weltweiter Armut wurde somit entscheidend von den Entwicklungen in China getragen und vorangetrieben.

In Subsahara-Afrika lebten 1990 56 % der Bevölkerung in extremer Armut, 2010 waren es noch immer 48 %. 1990 wohnten südlich der Sahara etwa 490 Mio. Menschen, 2010 831 Mio. und 2015 rund 949 Mio. (UN Population Division 2012). Dieses hohe Bevölkerungswachstum trägt dazu bei, dass heute in Subsahara-Afrika etwa 125 Mio. Menschen mehr unter Bedingungen der extremen Armut leben als 1990. Hier konnte nicht nur das Ziel der Reduzierung extremer Armut nicht erreicht werden, im Gegenteil ist die Zahl in extremer Armut lebender Menschen sogar weiter gestiegen, weil die Entwicklungsanstrengungen mit dem hohen Bevölkerungswachstum offensichtlich nicht Schritt halten konnten.

Erschwerend kommt für die Entwicklungen der nächsten Jahre hinzu, dass dort, wo Konflikte herrschen und Staaten fragil sind, die Armutsbekämpfung besonders schwierig ist (Chandy et al. 2013: 14; Burt et al. 2014: 3; BMZ 2014a: 38) – und 17 der 33 „fragilen Staaten“ weltweit liegen in Subsahara-Afrika (World Bank 2015b). Trotz großer Fortschritte in „stabilen“ Staaten bleiben die etwa 465 Mio. Menschen, die 2015 in „fragilen“ Staaten leben, von diesen positiven Entwicklungen weiterhin größtenteils abgeschnitten.

Wird heute vom Erfolg der MDGs gesprochen, so handelt es sich hauptsächlich um die Erfolge der Schwel-

Abb. 4: Anteil der Bevölkerung in extremer Armut




*Modellrechnung UN World Population Prospects 2012 Revision, für extreme Armut keine Daten verfügbar

Grafische Darstellung: Anton Peez, Najeeb Ahmed 2015
Datenquelle: World Bank 2015, World Development Indicators; UN Population Division 2012

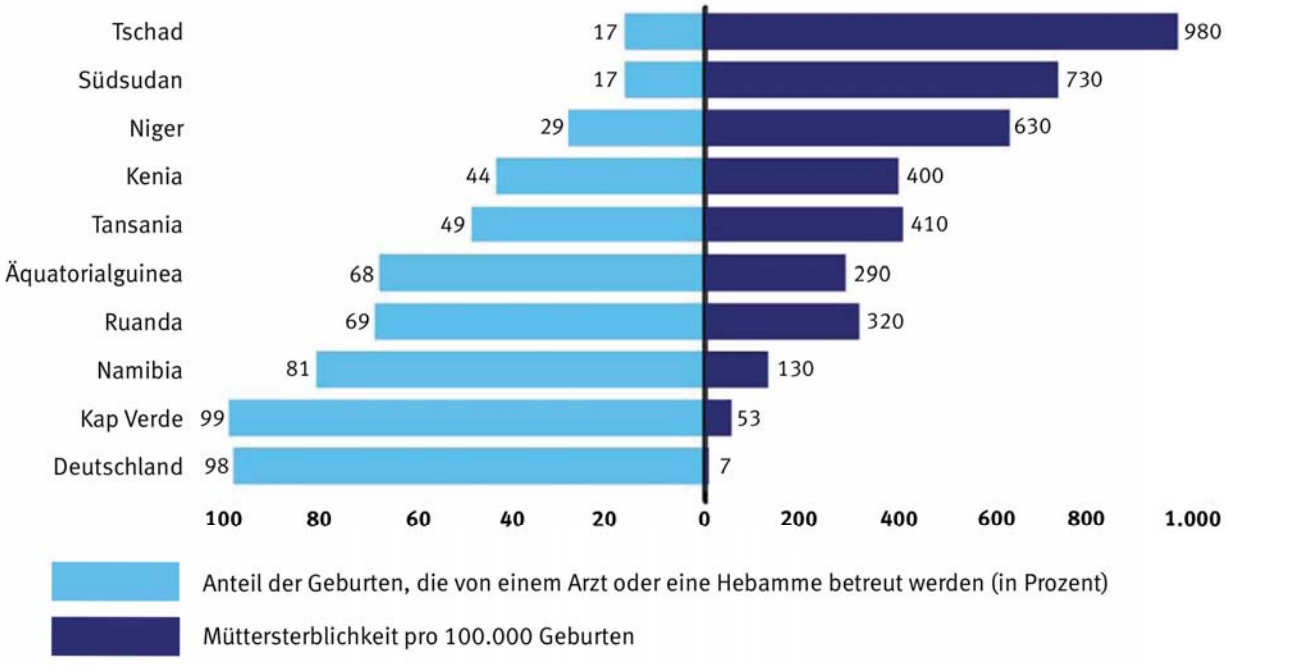
lenländer seit 1990. Indien steht beispielsweise in den nächsten Jahren vor einem ähnlichen Sprung über die Armutsgrenze wie China ihn in den vergangenen Jahren vollzogen hat (Chandy et al. 2013: 12). Ein zunehmend großer Anteil der Menschen in extremer Armut wird dadurch in Zukunft in Subsahara-Afrika leben – und die Erreichung des ersten SDGs „Armut in allen Formen und überall zu beenden“ (nach Weltbank ein Anteil extremer Armut von weniger als 3 %, Burt et al. 2014: 13), wird immer stärker von den dortigen Entwicklungen abhängen (UN 2014b: 7). Die Wahrscheinlichkeit, extreme Armut bis 2030 vollständig beenden zu können, wird dabei grundsätzlich gering eingeschätzt (Burt et al. 2014: 22; Chandy et al. 2013: 14-15). Denn während mit raschem Wirtschaftswachstum ein weitgehendes Ende absoluter Armut in den Schwellenländern absehbar ist, stagniert in vielen der größten und am schnellsten wachsenden Staaten Subsahara-Afrikas weiterhin die Armutsbekämpfung.

### 2.2 Deutliche Reduzierung der Müttersterblichkeit nicht erreicht

Ein Indikator der Millenniums-Entwicklungsziele (5A), der nicht erreicht wurde, ist der Rückgang der Müttersterblichkeit um 75 % zwischen 1990 und 2015. Beim Indikator „Müttersterblichkeit“ handelt es sich um die Anzahl der Frauen pro 100.000 Lebendgeburten, die während oder bis 42 Tage nach der Schwangerschaft sterben. 1990 starben weltweit etwa 380 Mütter pro 100.000 Geburten, demnach war der Zielwert für 2015 95. Doch 2013 starben immer noch 210 Frauen pro 100.000 Geburten – diese Verringerung um 45 % bleibt weit von der Vorgabe aus dem Jahr 2000 entfernt (World Bank 2015a).

Die Wahrscheinlichkeit, dass eine heute 15-Jährige im Laufe ihres Lebens wegen Komplikationen bei der Schwangerschaft oder der Geburt stirbt, beträgt im Tschad 1 zu 15, im Niger 1 zu 20, im Südsudan 1 zu 28 und in Deutschland 1 zu 11.000 (World Bank 2015a). Welche Faktoren tragen zu dieser erschreckenden Erkenntnis bei? Ein ausschlaggebender Aspekt ist die Betreuung durch ärztliches Personal – vor, während und nach der Geburt (s. Abb. 5). Der Zugang zu entsprechenden Gesundheitsdiensten steht im direkten Zusammenhang zur Müttersterblichkeit. Länder mit hohem Bevölkerungswachstum haben hier weiter erhebliche Probleme, universellen Zugang zu Gesundheitsdiensten zu erreichen. Ebenso stehen niedrigere Geburtenziffern – und

Abb. 5: Betreute Geburten und Müttersterblichkeit in ausgewählten Ländern in Subsahara-Afrika, 2013




Grafische Darstellung: Anton Peez, Najeeb Ahmed 2015
Datenquelle: WHO, World Health Statistics 2014
Darstellung wie: Stiftung Weltbevölkerung (2014)

somit größere Abstände zwischen den Geburten sowie weniger Geburten in höherem Alter – in Zusammenhang mit sinkender Müttersterblichkeit (UN 2015: 5). Ferner kommt es vor allem dann zu hoher Müttersterblichkeit, wenn die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die Rechte von Mädchen und jungen Frauen vernachlässigt werden. Dies umfasst etwa Sexualaufklärung und den Zugang zu Verhütungsmitteln.

Im SDG-Entwurf gibt es kein eigenständiges Ziel für die Gesundheit von Müttern. Vielmehr ist ein allgemeines Ziel vorgesehen, um ein „gesundes Leben für alle" zu garantieren (SDG 3). Dessen erster Indikator ist die Reduzierung der Müttersterblichkeit auf 70 pro 100.000 Lebendgeburten. Fraglich bleibt, ob diese Gewichtung unter 169 Indikatoren dem Thema der Müttergesundheit künftig genug Bedeutung verschafft, zumal es sich um ein MDG handelt, bei dem 2000–2015 wenig Fortschritt zu verbuchen ist.

### 2.3 Bildung als Faktor für Bevölkerungsprozesse

Ein weiterer Zusammenhang zwischen Entwicklung und Bevölkerungsdynamik besteht bei der Bildung. Die Staatengemeinschaft machte es sich 2000 mit den MDGs 2 und 3 zur Aufgabe, allen Kindern eine Grundschulausbildung zu ermöglichen sowie die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Verbesserungen im Bildungssystem und -zugang, insbesondere für Mädchen, vermögen dabei eine ausgewogene Bevölkerungsentwicklung zu begünstigen. Hier besteht eine enge Verbindung zwischen einer hohen Analphabetenquote von 15- bis 24-jährigen Frauen (Youth Female Literacy Rate, s. Abb. 6) und einer hohen zusammengefassten Geburtenziffer, im Speziellen von Jugendlichen. Der Besuch einer Sekundarschule verzögert beispielsweise die Geburt des ersten Kindes und verringert insgesamt die Kinderzahl einer Frau (Angenendt/Popp 2014: 12). Bringen in Äthiopien Frauen mit höherer Bildung im Laufe ihres Lebens etwa 1,3 Kinder zur Welt, sind es bei Frauen ohne Schulbildung im Schnitt sechs Kinder (Angenendt/Popp 2014: 22). Auch Maßnahmen zur sexuellen Aufklärung und Verhütung wirken sich als Teil der Bildung auf die Geburtenziffer aus: eine Studie in Westafrika hat ergeben, dass eine Erhöhung der Nutzung von Verhütungsmitteln um 15 % die Geburtenziffer um ein Kind pro Frau senkt (Bongaarts et al. 2012: 18-19).

In Subsahara-Afrika ging 1990 jedoch nur etwa die Hälfte (52 %) aller Kinder im Grundschulalter zur Schule, was den niedrigsten Wert aller Weltregionen darstellte. 2012 war diese Rate zwar um 26 Prozentpunkte auf 78 % angestiegen, die größte Verbesserung aller Regionen, dennoch ist der Anteil weltweit noch am geringsten. Angesichts der schnell wachsenden Bevölkerung im Schulalter zeigen sich in Subsahara-Afrika weiterhin große Herausforderungen. Dort sind heute 16,2 % der Bevölkerung unter fünf, sowie 30,4 % unter zehn Jahre alt (in Deutschland: 4,2 % bzw. 8,5 %) und zwischen 2000 und 2012 hat sich die Anzahl der Kinder im Grundschulalter um 35 % erhöht. Im Niger – dem Land mit der höchsten Geburtenziffer der Welt (7,6 Kinder pro Frau) – hat sich zwischen 2000 und 2015 die Bevölkerung von 10,99 Mio. auf 19,27 Mio. um etwa 75 % vergrößert (UN 2014a: 17). Um die ohnehin bereits hohe Schülerzahl pro Lehrer bis 2030 zumindest konstant zu erhalten, müssen die am wenigsten entwickelten Länder ihre Bildungsausgaben um 40 % erhöhen (UN 2015: 12). Die Bevölkerungsdynamik spielt für die vorausschauende Planung des Bildungs- und Schulwesens eine entscheidende Rolle, so muss z. B. bereits heute in die Ausbildung zusätzlicher Lehrkräfte investiert werden, um bei einer weiterhin steigenden Zahl an Schülerinnen und Schülern den künftigen Bedarf decken zu können.

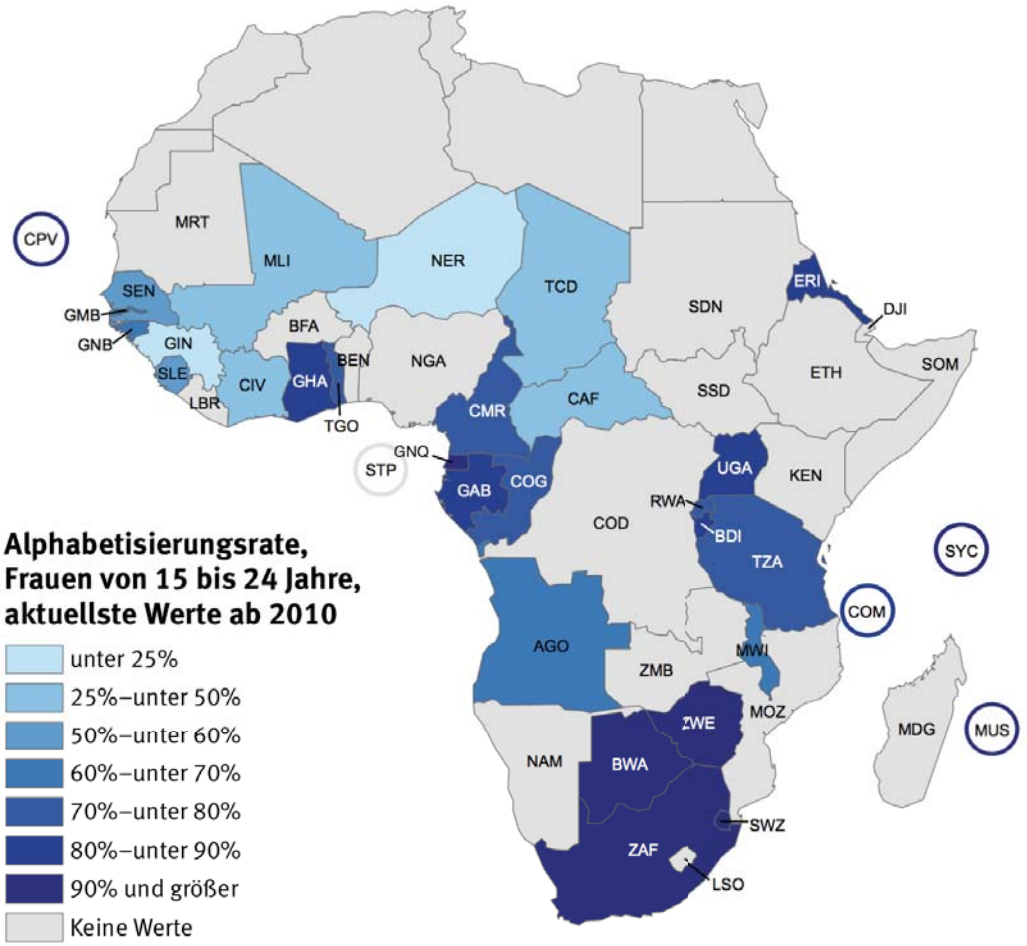
Problematisch ist ferner, dass im Bildungs-MDG weder auf die tatsächliche Qualität des Unterrichts (gemessen an der Schülerzahl pro Lehrer oder der Qualifikation der Lehrer), noch auf Einkommensunterschiede Rücksicht genommen wird (Fukuda-Parr et. al 2014: 108). Entsprechend sollen – zusätzlich zur Mädchenbildung (UN 2015: 20) – arme und ländliche Regionen sowie die Unterrichtsqualität besondere Schwerpunkte bei Bildungsthemen in der post-2015-Agenda sein.

## 3. Resümee und Ausblick

Welche Bilanz kann heute aus den MDGs gezogen werden? Welche Perspektiven ergeben sich aus dem aktuellen SDG-Entwurf für die künftige Entwicklung und welche Rolle spielt die Bevölkerungsdynamik dabei?

Die globale Initiative zur Umsetzung der MDGs hat insgesamt eine große Öffentlichkeit für Entwicklungsthemen sensibilisiert. Die Konzentration auf wenige Ziele und Indikatoren hat es dabei erlaubt, Prioritäten zu setzen und durch die Fokussierung begrenzter Mittel Erfol-

Abb. 6: Alphabetisierungsrate der Frauen im Alter von 15 bis 24 Jahren in Subsahara-Afrika




| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **AGO** | Angola | **ERI** | Eritrea | **MOZ** | Mosambik | **STP** | São Tomé und Príncipe |
| **BDI** | Burundi | **ETH** | Äthiopien | **MRT** | Mauretanien | **SWZ** | Swasiland |
| **BEN** | Benin | **GAB** | Gabun | **MUS** | Mauritius | **SYC** | Seychellen |
| **BFA** | Burkina Faso | **GHA** | Ghana | **MWI** | Malawi | **TCD** | Tschad |
| **BWA** | Botsuana | **GIN** | Guinea | **NAM** | Namibia | **TGO** | Togo |
| **CAF** | Zentralafrikanische Republik | **GMB** | Gambia | **NER** | Niger | **TZA** | Tansania |
| **CIV** | Elfenbeinküste | **GNB** | Guinea-Bissau | **NGA** | Nigeria | **UGA** | Uganda |
| **CMR** | Kamerun | **GNQ** | Äquatorialguinea | **RWA** | Ruanda | **ZAF** | Südafrika |
| **COD** | Demokratische Republik Kongo | **KEN** | Kenia | **SDN** | Sudan | **ZMB** | Sambia |
| **COG** | Republik Kongo | **LBR** | Liberia | **SEN** | Senegal | **ZWE** | Simbabwe |
| **COM** | Komoren | **LSO** | Lesotho | **SLE** | Sierra Leone | | |
| **CPV** | Kap Verde | **MDG** | Madagaskar | **SOM** | Somalia | | |
| **DJI** | Dschibuti | **MLI** | Mali | **SSD** | Südsudan | | |

Entwurf und Berechnungen: Anton Peez, Najeeb Ahmed 2015
Kartografie: Najeeb Ahmed 2015
Datenquelle: World Bank 2015, World Development Indicators
Kartengrundlage: ESRI, generalisiert

ge zu erzielen. Diese Erfolge sind jedoch nicht bei allen Zielen und in allen Regionen gleichermaßen zu verzeichnen. Bei einzelnen Zielen wie der Müttergesundheit und Regionen wie Subsahara-Afrika wurden die weitgesteckten Ziele deutlich verfehlt. Zudem kritisieren Experten die einseitige Konzentration der Entwicklungsanstrengungen auf die Indikatoren der MDGs, weil hierdurch weitere wichtige Aspekte vernachlässigt werden. Die SDGs tragen dieser Kritik u. a. dadurch Rechnung, dass sie breiter angelegte Ziele und mehr Indikatoren umfassen – aller-

dings ist angesichts der Erfahrungen mit der teilweise gescheiterten Umsetzung der MDGs die Frage zu stellen, ob die verfügbaren Mittel ausreichen werden, dieses ambitionierte Programm auch umzusetzen. Außerdem weisen Kritiker angesichts der Vielzahl von Zielen und Indikatoren auf die Gefahr des „Rosinenpickens" hin.

Für den afrikanischen Kontinent lassen sich aus den untersuchten Indikatoren folgende Schlüsse zur dortigen Lage der MDGs und SDGs ziehen: Erstens wird ein wachsender Anteil der Weltbevölkerung in extremer Armut in Subsahara-Afrika leben. Zweitens spielt die Garantie sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte (SRHR) von Frauen in Subsahara-Afrika für die dortige demografische Entwicklung eine entscheidende Rolle. Ferner stellen die rasch wachsende Bevölkerung und der hohe Kinderanteil für die Bildung in afrikanischen Staaten eine besondere Herausforderung dar. Nicht zuletzt muss beachtet werden, dass bei einer stetig steigenden Weltbevölkerung der ökologische Fußabdruck eines jeden stärker ins Gewicht fällt. Je mehr die Weltbevölkerung anwächst, desto schwieriger wird die Umsetzung der SDGs (UN 2015: 3-4).

Der aktuelle SDG-Entwurf nimmt an nur einer Stelle ausdrücklich auf einen Beschluss des ICPD-Aktionsplans 1994 Bezug – Indikator 5.6 zu *sexual and reproductive health and rights* (SRHR).[2] Um eine deutliche und nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände der vernachlässigten und gefährdeten Menschen der Welt in den nächsten 15 Jahren zu fördern, sind Bevölkerungsthemen unter voller Beachtung der Menschenrechte von grundlegender Bedeutung. Die umfassende Gewährleistung von sexueller und reproduktiver Gesundheit ist hierfür der wichtigste Schritt und spielt auch in der deutschen EZ eine zentrale Rolle (BMZ 2013). Der Fokus des Kairo-Aktionsprogramms sollte daher in der post-2015 Agenda ausdrücklich erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden. Menschen in allen Ländern der Welt sollen durch Bildung, Verhütungsmittel und Gesundheitsversorgung darin gestärkt werden, selber über die Anzahl und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder zu entscheiden. Weiterhin beeinflussen demografische Entwicklungen viele der zentralen SDG-Inhalte, etwa Armut, Bildung und Müttersterblichkeit. Dieser Erkenntnis aus der Umsetzung des ICPD Aktionsprogramms und der MDGs trägt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit einem eigenen Handlungsfeld „Datenbasierte Entwicklung – Wissen ermöglicht Handeln" Rechnung (BMZ 2013). Im Konzept der SDGs wird die Verbesserung der Verfügbarkeit demografischer Daten und Analysen sowie deren Nutzung für die Entwicklungsplanung bisher kaum berücksichtigt, was von führenden Experten als Schwäche der neuen SDGs kritisiert wird (Herrmann 2015: 9-11).

[2] „Ensure universal access to sexual and reproductive health and reproductive rights as agreed in accordance with the Programme of Action of the International Conference on Population and Development and the Beijing Platform for Action and the outcome documents of their review conferences" (UN 2014b).

## Literatur


African Development Bank (AfDB); Economic Commission for Africa (ECA); African Union Commission (AUC); United Nations Development Programme (UNDP) (2014): The MDG Report 2014: Assessing Progress in Africa Toward the Millennium Development Goals. Online verfügbar unter *http://www.undp.org/content/dam/undp/library/MDG/english/MDG %20Regional %20Reports/Africa/MDG %20Report2013_ENG_Fin_12June.pdf*, zuletzt geprüft am 30.03.2015.

Angenendt, Steffen; Popp, Silvia (2014): Bevölkerungswachstum, Fertilität und Kinderwunsch. Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel Subsahara-Afrikas. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Berlin (SWP-Studien 2014).
Online verfügbar unter *http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2014_S20_adt_pop.pdf*, zuletzt geprüft am 30.03.2015.

Angenendt, Steffen; Popp, Silvia (2015): Die Vereinten Nationen und Bevölkerungsfragen. In: UN-Basis-Informationen (49).
Online verfügbar unter *http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG-Indikatoren.pdf*, zuletzt geprüft am 30.03.2015.

Bongaarts, John; Cleland, John; Townsend, John W.; Bertrand, Jane T.; Das Gupta, Monica (2012): Family Planning for the 21st Century. Rationale and Design. New York: Population Council.

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2010): Die Millenniums-Entwicklungsziele. Hintergründe – Zielerreichung – Engagement.
Online verfügbar unter *http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/*

*infobroschueren/Materialie204_Informationsbroschuere_04_2010.pdf*, zuletzt geprüft am 19.07.2015.

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2013): Bevölkerungsdynamik in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Online verfügbar unter *http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier334_10_2013.pdf*

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2014a): Bericht der Bundesregierung. Eine Agenda für den Wandel zu nachhaltiger Entwicklung weltweit. Die deutsche Position für die Verhandlungen über die Post 2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung (03.12.2014). Online verfügbar unter: *http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/grundsaetze_und_ziele/2014_12_03_Bericht_Post_2015-Agenda_komplett.pdf*, zuletzt geprüft am 23.07.2015.

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2014b): Zukunftscharta. EINE WELT – Unsere Verantwortung. Online verfügbar unter *https://www.zukunftscharta.de/ecm-politik/zukunftscharta/de/home/file/fileId/3036*.

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), BMUB (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2015): Unsere Ziele für eine lebenswerte Zukunft. Die Post-2015 Agenda für nachhaltige Entwicklung. Online verfügbar unter: *http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie258_post_2015_agenda.pdf*, zuletzt geprüft am 19.07.2015.

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2015): Informationen zur Zukunftscharta – EINEWELT – Unsere Verantwortung. Online verfügbar unter *https://www.zukunftscharta.de/zukunftscharta/de/home/informieren*, zuletzt geprüft am 30.03.2015.

Burt, Alison; Hughes, Barry; Milante, Gary (2014): Eradicating Poverty in Fragile States: Prospects of Reaching the „High-Hanging" Fruit by 2030. In: *World Bank: Policy Research Working Papers*. Online verfügbar unter *http://dx.doi.org/10.1596/1813-9450-7002*, zuletzt geprüft am 09.03.2015.

Chandy, Laurence; Ledlie, Natasha; Penciakova, Veronika (2013): The Final Countdown: Prospects for Ending Extreme Poverty by 2030. In: *Brookings Institution Policy Paper 2013-2014*. Online verfügbar unter *http://www.brookings.edu/~/media/research/files/reports/2013/04/ending %20extreme %20poverty %20chandy/the_final_countdown.pdf*, zuletzt geprüft am 02.03.2015.

Fukuda-Parr, Sakiko; Yamin, Alicia Ely; Greenstein, Joshua (2014): The Power of Numbers: A Critical Review of Millennium Development Goal Targets for Human Development and Human Rights. In: *Journal of Human Development and Capabilities* 15 (2-3): 105–117.

Glotzbach, Stefanie; Hildebrandt, Ole; Krüger, Juliane; Raykowski, Janna; Rundel, Stephanie; Schäpke, Niko (2007): Die Millennium-Entwicklungsziele: Wegmarken für eine nachhaltige Entwicklung? In: INFU-Diskussionsbeiträge, 35/07. Lüneburg: Institut für Umweltkommunikation.

Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven: Eggenkamp Verlag.

Herrmann, Michael (Hrsg.) (2015): Consequential Ommissions. How Demography Shapes Development – Lessons from the MDGs for the SDGs. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

König, Julian; Thema, Johannes (Hrsg.) (2011): Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Nuscheler, Franz; Roth, Michèle (Hrsg.) (2006): Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg? Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden.

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) Development Assistance Committee (DAC) (1996): Shaping the 21st Century. The Contribution of Development Co-operation. OECD: Paris. Online verfügbar unter *http://www.oecd.org/dac/2508761.pdf*, zuletzt geprüft am 30.03.2015.

Stiftung Weltbevölkerung: Neue UN-Zahlen. Müttersterblichkeit weltweit fast halbiert (05.09.2014). Online verfügbar unter http://www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/content/Grafiken/betreute_geburten_und_muettersterblichkeit_in_ausgewaehlten_laendern.jpg, zuletzt geprüft am 25.07.2015

The Economist (28.03.2015): The 169 Commandments. The proposed sustainable development goals could be worse than useless. Online verfügbar unter: *http://*

*www.economist.com/news/leaders/21647286-proposed-sustainable-development-goals-would-be-worse-useless-169-commandments*, zuletzt geprüft am 19.07.2015.

Tran, Mark (2012): Mark Malloch-Brown: Developing the MDGs Was a Bit Like Nuclear Fusion. In: *The Guardian* 2012, 16.11.2012.
Online verfügbar unter *http://www.theguardian.com/global-development/2012/nov/16/mark-malloch-brown-mdgs-nuclear*, zuletzt geprüft am 23.03.2015.

UN (United Nations 2010): Millennium Development Goals Indicators – The official United Nations site for the MDG Indicators. Übersetzung: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen. New York.
Online verfügbar unter *http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG-Indikatoren.pdf*, zuletzt geprüft am 30.03.2015.

UN (United Nations 2014a): The Millennium Development Goals Report 2014.
Online verfügbar unter *http://www.un.org/millenniumgoals/2014 %20MDG %20report/MDG %202014 %20English %20web.pdf*, zuletzt geprüft am 09.03.2015.

UN (United Nations 2014b): Open Working Group Proposal for Sustainable Development Goals.
Online verfügbar unter *https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/1579SDGs %20Proposal.pdf*, zuletzt geprüft am 31.03.2015

UN (United Nations 2015): Integrating population issues into sustainable development, including the post-2015 development agenda. A Concise Report. New York: United Nations.

UN Population Division (2012): World Population Prospects: The 2012 Revision. Population. Online verfügbar unter http://esa.un.org/unpd/wpp/unpp/panel_population.htm, zuletzt geprüft am 09.03.2015.

UN WCED (United Nations World Commission on Environment and Development 1987): Our Common Future. Oxford: Oxford University Press.

Wichterich, Christa (2005): Ein entwicklungspolitischer Katechismus. Die Millenniumsziele als globales Ethos unter neoliberalen Vorzeichen. In: iz3w, Juni 2005/285: 20-22. Freiburg i.B.: Informationszentrum 3. Welt.

Winthrop, Rebecca; Matsui, Elena (2013): A New Agenda for Education in Fragile States. Washington, D.C.: Brookings Institution.

World Bank (2013): Africa Development Indicators 2012/13. Online verfügbar unter http://data.worldbank.org/data-catalog/africa-development-indicators, zuletzt geprüft am 07.04.2015.

World Bank (2015a): World Bank Open Data. Online verfügbar unter *http://data.worldbank.org*, zuletzt geprüft am 18.07.2015.

World Bank (2015b): Harmonized List of Fragile Situations Fiscal Year 2015. World Bank. Online verfügbar unter *http://siteresources.worldbank.org/EXTLICUS/Resources/511777-1269623894864/FY15FragileSituationList.pdf*, zuletzt geprüft am 02.03.2015.

# Aktuelle Projekte

## Projekt „Mortalitäts-Follow-Up“ der Nationalen Kohorte neu am BiB

**Am BiB ist seit dem 1. Juli 2015 ein neues Projekt gestartet: das Mortalitäts-Follow-Up als Teil des Forschungsprojekts „Nationale Kohorte“. Dabei handelt es sich um eine Langzeiterhebungsstudie zur Untersuchung, wie lange ein Lebenslauf unter bestimmten Ausgangs- und Rahmenbedingungen dauert und welche Ursachen letztlich zum Tod führen. Der Zweck der 2013 gestarteten Gesamtstudie „Nationale Kohorte“ besteht darin, eine Plattform für epidemiologische Projekte zur Risikoerfassung, Früherkennung und Prävention multifaktorieller Erkrankungen zu entwickeln.**

Damit sollen Erkenntnisse gewonnen werden, wie genetische Faktoren, Umweltbedingungen, das soziale Umfeld und der Lebensstil bei der Entstehung von Krankheiten zusammenwirken. Getragen wird die Studie von einem deutschlandweiten Netzwerk, bestehend aus Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft, von Universitäten, der Leibniz-Gemeinschaft und der Ressortforschung.

Das Projekt ist mit Gesamtkosten von 210 Millionen Euro und einer zusätzlichen Grundausstattung in Höhe von ca. 60 Millionen Euro (finanziert durch die tragenden Institutionen) das mit Abstand größte jemals in Deutschland durchgeführte und eines der größten epidemiologischen Forschungsvorhaben weltweit.

Mortalitäts-Follow-Up der Nationalen Kohorte neu am BiB: Unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. med. Ulrich Müller (rechts im Bild) widmen sich Andrea Werdecker, Dr. Ronny Westerman sowie Martina Schmidt-Stolte (von links) vor allem der Ermittlung und Dokumentation von Todesursachen. (Bild: BiB)

Dazu sollen bis zum Frühjahr 2018 an 18 Standorten in 15 Bundesländern 200.000 Männer und Frauen (je 50 %) aus ganz Deutschland im Alter von 20 bis 69 Jahren medizinisch untersucht und nach ihren Lebensgewohnheiten (wie z. B. körperliche Aktivität, Rauchen, Ernährung, Beruf) befragt werden.

### Intention der Studie: Vorbeugen statt Heilen

Darüber hinaus werden allen Studienteilnehmern Blutproben entnommen und für spätere Forschungsprojekte in einer zentralen Bioprobenbank gelagert. Nach 5 Jahren werden alle Teilnehmer erneut zu einer Untersuchung und zweiten Befragung in die Studienzentren eingeladen. Im Laufe der Nachbeobachtung über 10 bis 20 Jahre werden bei einigen Teilnehmern naturgemäß bestimmte Erkrankungen auftreten, die dann mit den erhobenen Daten in Verbindung gebracht werden können. Die Studie bietet damit ein einzigartiges Potential für eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen. Aus alledem werden die Forscher wertvolle Erkenntnisse darüber gewinnen, aus denen Strategien für eine bessere Vorbeugung und Behandlung der wichtigsten Volkskrankheiten abgeleitet werden können.

### Ziele des Mortalitäts-Follow-Up am BiB

Das neu am BiB angesiedelte Mortalitäts-Follow-Up ermittelt und dokumentiert die Todesursachen der im Verlauf der Studie verstorbenen Probanden sowie wichtige Daten, die für die Einschätzung der letzten Lebensphase von Bedeutung sind. Geleitet wird das vierköpfige Forscherteam von Prof. Dr. Dr. med. Ulrich Müller.

Bernhard Gückel, BiB

# Das BiB in den Medien

## Lange Arbeitswege führen zu Stress – was tun? Dr. Heiko Rüger und Prof. Dr. Norbert F. Schneider zu den gesundheitlichen Folgen des Fernpendelns und möglichen Gegenstrategien

**In den letzten Jahren nehmen Arbeitnehmer immer längere Wege auf sich, um zum Arbeitsplatz zu kommen. Diese Entwicklung kann für die Betroffenen aber erhebliche gesundheitliche Folgen haben. So steigt beispielsweise das Risiko für Stressempfinden, wie Dr. Heiko Rüger im Interview mit dem NDR Radio am 23. März 2015 betonte. Um hier gegenzusteuern sind auch die Arbeitgeber gefragt, die mit zahlreichen Strategien den Pendlerstress abmildern können. Welche Möglichkeiten es hier gibt, stellte Dr. Rüger im Gespräch mit dem Magazin „teamwork – Das Magazin für den modernen Arbeitgeber (Ausgabe 2/2015)“ vor. Im Interview mit dem WDR-Magazin „Westpol“ betrachtete der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, vor allem mögliche Lösungsansätze aus Sicht der Betroffenen sowie der Politik.**

Pendeln sorgt für Stress und kann sich negativ auf das gesundheitliche Wohlbefinden auswirken. Untersuchungen zeigten, dass es zu einer Ausschüttung von Stresshormonen im Körper kommt, deren Intensität mit der Länge der zu bewältigenden Strecke zunehme, betonte Dr. Rüger. Dabei treten die benachteiligenden Effekte des Fernpendelns mehr bei den Frauen auf. Dies hat in erster Linie mit der Frauenrolle zu tun, die nach wie vor stärker auf die Hausarbeit und die Kinderbetreuung ausgerichtet und damit schwieriger mit hohen Mobilitätserfordernissen vereinbar ist. Besonders stressig sei die Situation beim Auftreten des Gefühls von Kontrollverlust, etwa wenn ein Zug Verspätung hat oder der Stau auf der Autobahn kein Ende findet. Man ist der Situation ausgeliefert und der Stresslevel steigt an, weil berufliche Termine zu platzen drohen, so Dr. Rüger.

Hier sind auch die Arbeitgeber gefordert. Wenn Mitarbeiter einen langen Arbeitsweg auf sich nehmen, sei dies zunächst ein Indikator für hohe Einsatzbereitschaft, zumal die Fernpendler meist gute Gründe dafür haben, nicht näher an den Arbeitsplatz heranzuziehen. Aus der Sicht des Arbeitgebers gibt es Möglichkeiten, hier entlastend einzugreifen – etwa mithilfe von flexiblen Arbeitszeiten oder sogenannten „Home Office“-Tagen. Dass solche Maßnahmen Wirkung zeigen, belegen Untersuchungen des BiB. So haben beispielsweise 72 % der befragten mobilen Erwerbstätigen mit Möglichkeit zur Telearbeit erklärt, erfolgreich mit ihrer Mobilität umgehen zu können. Bei Beschäftigen, denen keine Gegenmaßnahmen seitens des Arbeitgebers angeboten wurden, waren deutlich weniger mit ihrer Situation zufrieden. Aus Arbeitgebersicht sei es daher hilfreich, die Belange von Berufspendlern bei der Termin- und Aufgabenplanung bewusst zu berücksichtigen und beispielsweise den Arbeitsablauf so zu organisieren, dass sich der Feierabend des fernpendelnden Mitarbeiters nach Möglichkeit nicht verzögere, rät der Soziologe. Aus seiner Sicht müsse das Thema im betrieblichen Gesundheitsmanagement verankert werden. Denkbar seien hier zum Beispiel Seminare zur Stressbewältigung. Welche Maßnahmen letztlich sinnvoll seien, muss zusammen mit den Betroffenen geklärt werden, denn: einen Königsweg gibt es in dieser Frage nicht, resümierte Dr. Rüger.

### Der Umgang mit dem Pendeln und Lösungsmöglichkeiten: Prof. Dr. Norbert F. Schneider im Interview mit dem WDR-Magazin „Westpol“ am 21. Juni 2015

Neben den bereits genannten gesundheitlichen Folgen wies der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, im Interview mit dem Magazin „Westpol“ noch auf einen weiteren Aspekt hin: Durch den Zeitverlust hätten Pendler auch weniger Zeit, sich um ihre gesundheitliche Vorsorge zu kümmern. Dies trage mit dazu bei, dass das Gesundheitsrisiko der Pendler im Vergleich zu Nicht-Pendlern sogar doppelt so hoch sei. Um dem Mobilitäts-Stress zu entgehen, könnte ein Umzug eine Lösung sein, der sich allerdings nur dann lohne, wenn es eine längerfristige Beschäftigungsperspektive am Arbeitsort gebe. Da unter Mobilitätsstress leidende Arbeitnehmer weniger produktiv seien, müsse auch der Arbeitgeber seinen Beitrag zu einer deutlichen Stressreduktion leisten. Aber auch die Politik könne einen Beitrag zur Entlastung liefern, indem sie für eine bessere Verkehrsinfrastruktur sorgen könne, betonte Prof. Schneider. So habe die Bahn zwar viel in den Fernverkehr investiert, aber wenig in den

hauptsächlich von Pendlern benutzten Nahverkehr. Allein durch die Bedingungen in lauten, überfüllten und heißen Pendlerzügen entstehe bereits Stress. Letztlich müssten die Betroffenen die Wegezeit für sich mit Sinn füllen und positiv besetzen – sei es mit Lesen, Musik hören, Unterhaltungen im Auto oder Zug oder ganz einfach zum Abschalten nutzen. Wer die Pendelzeit als verlorene Zeit betrachte, erhöhe das Risiko darunter zu leiden und irgendwann gesundheitliche Folgen zu verspüren.

Bernhard Gückel, BiB

## Füße hoch ist (k)eine Option: Dr. Andreas Mergenthaler über aktive Ältere im Ruhestand in der Sendung „Lebenszeit“ des Deutschlandfunks am 19. Juni 2015

**Viele ältere Menschen gestalten heute ihren Ruhestand aktiver als dies in früheren Jahrgängen noch der Fall war. Die Zahl der Menschen, die auch nach dem Ende ihres aktiven Berufslebens weiter erwerbstätig sind, hat sich in den letzten Jahren bei über 65-Jährigen deutlich erhöht. Hinzu kommt ein wachsender Anteil an Personen im Alter zwischen 55 und 70 Jahren, die sich über ehrenamtliche Tätigkeiten in die Gesellschaft einbringen. Über die Ursachen und damit verbundene Problemlagen im Hinblick auf eine zunehmend aktiv alternde Gesellschaft diskutierte Dr. Andreas Mergenthaler auf der Grundlage aktueller Ergebnisse der TOP-Studie des BiB im Gespräch in der Sendung „Lebenszeit“ des Deutschlandfunks.**

Die Basis für eine Zunahme des „active ageing“ liege zum einen an der deutlich gestiegenen Lebenserwartung und zum anderen an der gewachsenen Zahl gesunder Lebensjahre auch im höheren Alter, betonte Dr. Mergenthaler. Die Ergebnisse der TOP-Studie des BiB zeigten, dass sich zudem die Übergänge in den Ruhestand relativ stark flexibilisiert haben. Es gibt unterschiedliche Übergangspfade in den Ruhestand, wobei es sich hier nicht um einen klar zu verortenden Schritt im Lebenslauf handelt, sondern tatsächlich eher um eine Phase, die auch durch die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit unterbrochen werden kann. Was die Wahlfreiheit angeht, so gilt es allerdings zu differenzieren: Für bestimmte Gruppen in der Bevölkerung sieht die Realität so aus, dass sie im Alter nicht die Wahl haben, was sie machen wollen. Da die Erwerbsbiografien heute diskontinuierlicher und gebrochener verlaufen, sind die Betroffenen nicht mehr in der Lage, hohe Rentenansprüche zu erwerben. Sie werden daher auch im Ruhestand erwerbstätig bleiben müssen.

### Motive für ein aktives Alter

Bei denjenigen, die aus freien Stücken weiter aktiv bleiben, spielen nach der BiB-Studie vor allem individuelle subjektive Motive, wie zum Beispiel der Kontakt zu anderen Menschen, Spaß an der Arbeit oder das Aufrechterhalten der geistigen Fitness eine wesentliche Rolle. Dabei tritt vor allem ein Motiv im Alter immer stärker in den Vordergrund: die Weitergabe von Wissen und Erfahrungen. Dass dieses Engagement bisher gesellschaftlich noch nicht hinreichend honoriert wird, liegt seiner Meinung nach an einem nach wie vor präsenten Altersbild, das sich zwar in den letzten Jahren gewandelt hat, aber immer noch der Veränderung bedarf. Hier muss sich noch einiges ändern, um ein positives Bild des Alterns auch zu leben und genügend Wahlmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Dies betrifft alle Bereiche, sei es das Ehrenamt oder auch die Erwerbstätigkeit bzw. -absicht, betonte der Sozialwissenschaftler.

In besonderem Maße gilt dies auch für die Betriebe, in denen es erst zum Teil mittlerweile einen Kulturwandel hin zu einer verlängerten Lebensarbeitszeit gibt. Viele größere Unternehmen haben bereits erkannt, dass altersgemischte Teams mit einem Erfahrungsaustausch zwischen Jüngeren und Älteren für die Produktivität von Nutzen sind. Damit wird hier der Ruhestand nicht mehr zu einem klaren Schnitt im Leben, sondern zu einem recht vielgestaltigen Übergang, der keineswegs mit einer völligen Umgestaltung des individuellen Lebens einhergehen muss. Die Frage nach der Freiheitsbeschränkung der Betroffenen stellt sich zumindest für die freiwillig Tätigen etwa im Ehrenamt nicht, da sie sich aus eigenem Willen engagieren. Konflikte gibt es hier eher, wenn es um familiäre Verpflichtungen wie Pflege der Eltern oder Betreuung der Enkel geht, die meist die Frauen betrifft und weniger die Männer.

### Alter als vielgestaltige Lebensphase

Der veränderte Blick auf das Alter birgt aber auch Gefahren. Dr. Mergenthaler wies darauf hin, dass in den letzten Jahren eine sehr scharfe Kehrtwende im aktuellen Diskurs weg von der Diktatur des Ausmusterns älterer Menschen in Richtung Aktionismus im Alter vollzogen wurde, die die Altersdebatte nicht bestimmen darf. Das Alter muss vielmehr als vielfältige Lebensphase begriffen werden, in der ein gesellschaftlicher Rückzug die gleiche Legitimität hat wie das Ehrenamt, die Weiterbeschäftigung oder das Einbringen in der Familie, so Dr. Mergenthaler.

Bernhard Gückel, BiB

## Literatur von BiB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

**Norbert F. Schneider:**
**„Vielfalt der Familie“**
**Bundeszentrale für politische Bildung, 2015**

Im Dossier Familienpolitik der Bundeszentrale für politische Bildung ist ein Beitrag von Prof. Dr. Norbert F. Schneider zum Thema „Vielfalt der Familie“ erschienen.

Darin beschäftigt er sich mit der gegenwärtigen Vielfalt der Familie im Licht ihres sozialhistorischen Wandels. Er zeigt, dass das Neben- und Nacheinander unterschiedlicher Familienformen typisch für die meisten Zeiten ist. Die zwischen 1955 und 1975 festgestellte Einheitlichkeit der Familienformen im Sinne einer außergewöhnlichen Dominanz der bürgerlichen Kleinfamilie ist dagegen als Ausnahmeerscheinung im Nachkriegsdeutschland zu betrachten, die nicht als Bezugspunkt zur Deutung ihres Wandels in den vergangenen Jahrzehnten geeignet ist.

**Der Beitrag im Internet unter...**

http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/familienpolitik/207447/vielfalt-der-familie

**Martin Bujard; Lars Schwebel:**
**„Väter zwischen Wunsch und Realität – Neue Vereinbarkeitsprobleme von Familie und Beruf bei Männern“.**
**In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP) Heft 2/2015: 211-224**

Nach wie vor arbeiten Väter viel, sogar mehr als kinderlose Männer. Dabei hat die Zahl der Männer zugenommen, die sich intensiv an der Fürsorge ihrer Kinder beteiligen möchten. Damit sehen sich die Väter in ihrer Rushhour des Lebens einem Vereinbarkeitsproblem von Familie und Beruf ausgesetzt, das zudem dadurch erschwert wird, dass sich die Rahmenbedingungen nur behäbig dem Wandel der Väterrolle anpassen und nach wie vor zu häufig auf das Einverdienermodell ausgelegt sind.

Der Beitrag geht der Frage nach, warum das so ist und untersucht die ökonomischen, institutionellen und normativen Hindernisse, die den vorhandenen Wünschen der Väter nach einer Balance von Familie und Beruf entgegenstehen. Dazu zeigt er mögliche Auswege aus dem Vereinbarkeitsdilemma von Vätern auf. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass vor allem die Erwerbsarbeit entscheidenden Anteil an einer gelungenen Vereinbarkeit hat. Zur Entschärfung des Dilemmas hat in einem ersten Schritt aber auch die Politik mit der Einführung des Elterngeldes beigetragen. Letztlich müssen aber Unternehmen, Politik und Gesellschaft ihre Rahmenbedingungen und ihre Erwartungen an Väter grundsätzlich ändern, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für sie zu verbessern.

Bernhard Gückel, BiB

# Vorträge

### Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Bildung im demografischen Wandel

Wie können Kommunen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, veränderter ökonomischer Rahmenbedingungen und neuer Anforderungen an die Stadtentwicklung als lebenswerte Wirtschaftsstandorte wettbewerbsfähig bleiben und dafür ihren Bürgerinnen und Bürgern den bestmöglichen Zugang zu Bildung anbieten? Diese Frage stand im Fokus der Bundeskonferenz Bildungsmanagement des Bundesministeriums für Bildung und Forschung am 24. Juni 2015 in Berlin, die von der Bundesbildungsministerin **Prof. Dr. Johanna Wanka** eröffnet wurde. Sie wies darauf hin, dass eine Bildungslandschaft nur in der Zusammenarbeit aller politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure gelingen könne. Ziel sei es, eine gerechte Bildung unabhängig von sozialer Herkunft dauerhaft zu ermöglichen.

Dabei spielt auch die demografische Entwicklung eine entscheidende Rolle, wie **Prof. Dr. Norbert F. Schneider** in seinem Vortrag betonte. So werde Deutschland zwar älter und weniger, zugleich aber auch städtischer und klüger. Das Ziel der Anforderungen an ein lokales Bildungsmanagement, wie es etwa in der Transferinitiative des BMBF umgesetzt werde, müsse dazu beitragen, den Wohlstand und die Auftstiegschancen zu fördern und die Voraussetzungen der Teilhabe an der Gemeinschaft zu schaffen. Das Motto „Bildung für Alle“ bedeute auch, bedarfsorientiert zu diversifizieren, d. h. nicht nur auf das Abitur zu setzen, niederschwellige Zugänge zu Bildung zu schaffen und die Durchlässigkeit in der Gesellschaft zu erhöhen. Um im demografischen Wandel eine bildungsorientierte Politik als kommunale und regionale Aufgabe umzusetzen, müssten die Bürgerinnen und Bürger intensiv beteiligt werden. Zudem bedarf es eines konzertierten und zielorientierten Handelns. Letztlich müsse die Gemeinschaft vor Ort durch Teilhabe gefördert werden, indem auch kreative Lösungen bei der Diversifikation von Bildungsangeboten entwickelt werden, betonte Prof. Schneider.

### Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Dr. Martin Bujard (BiB) diskutieren über Probleme in der Rushhour des Lebens

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Manuela Schwesig,** und **Dr. Martin Bujard** diskutierten, wie die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit für Eltern in der Rushhour des Lebens überbrückt werden kann. Anlass war die Tagung der Friedrich Ebert Stiftung zum Thema „Wie leben Familien in Deutschland? Familienpolitik und ihre Wirkung“ am 25. Juni 2015 in Köln. Zunächst zeigte Dr. Bujard in seinem Vortrag auf der Basis neuer Zeitbudgetgutachten sowie Auswertungen zur beruflichen Arbeitszeit, dass Mütter mehr als früher arbeiten und zugleich die Väter ihr Arbeitspensum nicht reduzieren. Zusammen mit Hausarbeit und Zeit für die Fürsorge von Kindern arbeiten beide mehr als 60 Stunden pro Woche. Diese Strukturen führen zu Überlastungen, da die Phasen der Regeneration fehlen und die Ausübung von Hobbies oder die Pflege sozialer Kontakte unter der Situation leiden. Er plädierte daher für eine Entzerrung der Rushhour des Lebens, indem die Arbeitszeit im Lebensverlauf besser verteilt werden muss, um die von beiden Geschlechtern gewünschte Gleichstellung zu ermöglichen. Frau Schwesig stimmte mit den Analysen

Wie lässt sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Rushhour des Lebens vor dem Hintergrund steigender Arbeitszeiten von Müttern und Vätern verbessern? Diese Frage diskutierten vor rund 200 Teilnehmern und Teilnehmerinnen Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (rechts im Bild), Dr. Martin Bujard (BiB, links im Bild) und Moderatorin Christina Bylow (Autorin und Journalistin, Mitte). (Bild: Friedrich Ebert Stiftung).

Dr. Bujards überein und warb in der Diskussion für die Familienarbeitszeit als Beitrag zur Entlastung von Müttern und Vätern und zur Verbesserung der partnerschaftlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das „Elterngeld Plus“ und das „Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“ bezeichnete sie als Meilensteine auf dem Weg zur Familienarbeitszeit. Eine wichtige Rolle bei der Entschärfung des Spagats zwischen Beruf und Familie spielten zudem befristete Beschäftigungsverhältnisse. Diese Beschäftigungsform müsse reduziert werden – sowohl in der Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst, forderte die Ministerin.

Dr. Bujard plädierte für eine Erweiterung der bisherigen familienpolitischen Trias aus Zeit, Geld und Infrastruktur um die Faktoren Gleichstellung und Kommunikation im Sinne der Vermittlung von Informationen über familienpolitische Angebote und den rhetorischen Umgang mit Familienleitbildern. Es bedarf einer „großen Erzählung“ in der Familienpolitik, um die neuen Lebensentwürfe von Eltern vor dem Hintergrund noch immer vorhandener alter Strukturen auch umsetzbar zu machen, so der Sozialwissenschaftler.

### Dr. Martin Bujard: Ist der Anstieg von Kinderlosigkeit oder der Rückgang von Mehrkindfamilien für den Geburtenrückgang verantwortlich?

Die Hauptursachen für den Fertilitätsrückgang im Zuge des Zweiten Demografischen Übergangs liegen vor allem in der Zunahme der Kinderlosigkeit und einem Absinken der Zahl großer Familien mit drei oder mehr Kindern. Dazu kommt in einigen Ländern die Verbreitung von Familien mit nur einem Elternteil, die zu den niedrigen Fertilitätsraten beitragen. Wie sehr diese einzelnen Effekte jeweils letztlich zum Fertilitätswandel beitragen, lässt sich bisher wissenschaftlich nicht exakt quantifizieren.

In seinem Vortrag beim Kolloquium des Vienna Institute of Demography am 21. Mai 2015 in Wien stellte **Dr. Martin Bujard** daher eine Dekompositionsmethode vor, die es ermöglicht, die Effekte spezieller Paritätsveränderungen zwischen Kohortenfertilitätsraten unterschiedlicher Kohorten zu berechnen. Dabei wird der Rückgang der Kohortenfertilitätsrate in vier Komponenten unterteilt: eine zunehmende Kinderlosigkeit, einen abnehmenden Anteil von Mehrfachgeburten (drei Geburten und mehr), einen Interaktionseffekt sowie ein gewandeltes Verhältnis von Erst- und Zweitgeburten. Auf der Grundlage dieser Methode verglich Dr. Bujard die endgültige Kinderzahl Deutschlands der zwischen 1933 und 1970 geborenen Frauen, wobei die Analysen nach Region, Perioden und Bildungsgruppen differenziert wurden. In der Analyse ergab sich, dass insgesamt die Zunahme der Kinderlosigkeit mit mehr als einem Viertel zum Rückgang der Kohortenfertilitätsrate beitrug, während die Abnahme von Mehrfachgeburten etwa zwei Drittel des Geburtenrückgangs erklärt. Dr. Bujard wies darauf hin, dass die Dominanz des jeweiligen Effektes je nach der untersuchten Periode differiert: So beruht der Rückgang der Kohortenfertilitätsrate zwischen den Kohorten von 1933 und 1947 vor allem auf einer rückläufigen Zahl der Familien mit drei oder mehr Kindern. Dagegen erklärt sich der Rückgang bei den Kohorten zwischen 1947 und 1970 überwiegend mit einer Zunahme der Kinderlosigkeit. Differenziert man die Analyse nach Bildungsgruppen, zeigt sich, dass der Beitrag der zunehmenden Kinderlosigkeit bei den Frauen mit geringerem Bildungsstand früher begann und sich in dieser Gruppe stärker auswirkte. Die Ergebnisse dieses Ansatzes belegen bisher, dass er für die Analyse der Dynamiken, die zu niedrigen Fertilitätsniveaus geführt haben, hilfreich ist, betonte der Sozialwissenschaftler. Die Diskussion mit den anwesenden Demografen hat gezeigt, dass die Fragestellung und die Methode innovativ sind, jedoch noch eine gewisse Weiterentwicklung notwendig ist.

### Dr. Martin Bujard: Dimensionen von Glück im Hinblick auf ein Leben mit oder ohne Kinder

Sind Menschen mit Kindern glücklicher als ohne? Welche verschiedenen Dimensionen von Glück gibt es im Leben eigentlich und was benötigt man, um glücklich zu sein – gerade auch mit Blick auf ein Leben mit/ohne Kinder? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Beitrags vor gut 200 Teilnehmern von **Dr. Martin Bujard** im Rahmen des Deutschen Evangelischen Kirchentages am 3. Juni 2015 in Stuttgart. Ausgehend von den Dimensionen Geld, Zeit, Menschen und Sinn identifizierte er verschiedene Arten von Glück: im Hier und Jetzt Glück zu empfinden, in der Verbundenheit und Nähe zu anderen Menschen und in der persönlichen Entwicklung, etwa am Wachsen von persönlichen Herausforderungen. Schließlich könne auch das Schaffen von etwas Bleibendem zu einem glücklichen Leben führen. Kinder könnten zu all

diesen Arten von Glück beitragen, wobei auch diejenigen, die keine Kinder wollten, ein glückliches Leben führen, denn ihnen stehen andere Optionen der Lebensgestaltung offen, betonte Dr. Bujard. Die Frage, ob Kinder glücklich machen bzw. ob Kinderlose weniger glücklich seien, hänge letztlich von der Lebenseinstellung des Einzelnen ab und lasse sich nicht generell beantworten. Entscheidend sei die Frage, ob man das, was man macht, selbst als Glück empfindet, meinte der Sozialwissenschaftler. Es gebe heute einen Freiheitsgewinn in den modernen Gesellschaften, der auch zu Überforderung führen könne, etwa weil man alles machen möchte. Dr. Bujard riet daher zu mehr Gelassenheit statt Perfektionismusstreben, zumal mehr Freiheiten auch Kompetenzen des Einzelnen erforderten, das Leben zu planen und gewisse Prioritäten zu setzen. Dies gelte auch für die Entscheidung, eine Familie zu gründen.

### Dr. Martin Bujard beim DIHK-Unternehmenstag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Unter dem Motto „Neue Vereinbarkeit – Flexibilität und Chancen für Familien und Unternehmen in Deutschland“ diskutierten die 400 Teilnehmer und Teilnehmerinnen des 8. Unternehmenstages der DIHK zum Thema „Erfolgsfaktor Familie“ am 28. Mai 2015, wie Unternehmen die partnerschaftliche Vereinbarkeit in Familie und Beruf unterstützen können. Dabei widmete sich **Dr. Martin Bujard** im Rahmen einer Paneldiskussion zusammen mit **Stefan Reuyß** (Sowi Tra) und **Stephanie Lohaus** (Autorin und Herausgeberin) zunächst den Perspektiven von Eltern, die Familie und Beruf partnerschaftlich vereinbaren wollen. Die Studie des BiB zu Familienleitbildern in Deutschland habe gezeigt, dass sich 20- bis 39-Jährige heute sehr deutlich für gleichmäßig verteilte partnerschaftliche Rollen aussprechen, sagte Dr. Bujard. „Junge Frauen und Männer möchten nämlich beides: Beruflich Erfolg haben und sich um die Kinder kümmern. Das ist auch möglich. Jedoch treffen sie oft auf veraltete Strukturen in Betrieben und Politik, die zu stark auf den männlichen Brotverdiener ausgerichtet sind,“ analysierte der Sozialwissenschaftler. Gleichheit beziehe sich allerdings auf die Teilhabe – und nicht auf die Stundengleichheit, betonte der Sozialwissenschaftler. Nicht einmal in Ländern wie Island und Schweden, die bei diesem Thema weit vorne liegen, gebe es eine gleiche Aufteilung der Haus- und Erziehungsarbeit. Trotzdem wäre eine stärkere Teilhabe sowohl bei den Vätern als auch bei den Müttern ein Riesenfortschritt. So sollten die Väter nicht nur ihre Rolle als Ernährer ausfüllen, sondern auch als aktive Väter präsent sein, während den Frauen zusätzlich zu ihrer Mutterschaft auch eine erfolgreiche berufliche Entwicklung ermöglicht werden sollte. Auf diesem Wege ist die Einführung des Elterngeldes eine große Hilfe, so Dr. Bujard. Besonders gefordert sind hier die Betriebe, die Familienbelangen größere Aufmerksamkeit widmen müssten. So sollten Vorgesetzte eine klare Botschaft aussenden, dass Familienpflichten wichtig und legitim seien. Eine permanente Anwesenheitskultur und Arbeitszeiten nach 17 Uhr stünden dem entgegen. Es gelte, zu erkennen, dass auch Eltern Kompetenzen wie Soft Skills, Stressfähigkeit und Führungsqualitäten besitzen, von denen letztlich auch das Unternehmen profitiert.

Ein Plädoyer für mehr Beachtung von Familienbelangen im Arbeitsleben: Dr. Martin Bujard (BiB) (Mitte) diskutierte mit Stefan Reuyß (Sowi-Tra, links im Bild), der Moderatorin Sofie Geisel (Leiterin Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“) und der Autorin Stefanie Lohaus (nicht im Bild) die Perspektiven von Eltern, die Familie und Beruf partnerschaftlich vereinbaren wollen. (Bild: DIHK)

### Dr. Detlev Lück und Dr. Sabine Diabaté: Erklärungsansätze für das niedrige Geburtenniveau in Europa: Das Beispiel Familienleitbilder

Beim internationalen Forum anlässlich des dreißigjährigen Bestehens des Vienna NGO Commitee on the Family des UN Vienna International Centre am 1. Juni 2015 befassten sich **Dr. Detlev Lück** und **Dr. Sabine Diabaté** mit der demografischen Entwicklung der Familie und der Frage, welchen Beitrag die kulturellen Prägungen, sogenannte Familienleitbilder, in der Gesellschaft für die Erklärung der unterschiedlichen Geburtenniveaus in den westlichen Industrieländern liefern können.

Worin liegen die Ursachen der unterschiedlichen Muster bei der Entwicklung der Geburtenraten im internationalen Vergleich? Bei der Suche nach Antworten verwies Dr. Detlev Lück auf die sozio-kulturellen Bedingungen sowie den kulturellen Hintergrund. (Bild: UN)

Zunächst widmete sich Dr. Detlev Lück der Entwicklung der Geburtenraten im internationalen Vergleich und untersuchte, wie sich die unterschiedlichen Muster erklären lassen. Er gab einen Überblick über die Rückgänge der Geburtenraten im Zuge des ersten und zweiten demografischen Übergangs, wobei vor allem bei letzterem die Raten in den westlichen Industrieländern noch weiter zurückgingen. Insbesondere zwischen den Jahren 1965 bis 1975 erlebte die Lebensform Familie fundamentale Veränderungen, die sich unter anderem in einer wachsenden Vielfalt von Familienformen, steigenden Scheidungsraten und sinkenden Geburtenraten bemerkbar machten. Eine Ursache hierfür liege in einem Wertewandel begründet, im Zuge dessen neue kulturelle Präferenzen neue Verhaltensweisen eben auch in Partnerschaften erzeugten, betonte Dr. Lück. Im Gefolge des zweiten demografischen Übergangs spalteten sich die westeuropäischen Länder beim Geburtenniveau in zwei Gruppen: diejenigen, mit (sehr) niedriger Fertilität (d. h. einer TFR, die zwischen 1,1 und 1,5 Kinder pro Frau liegt) und solchen, deren Geburtenraten nahe am Reproduktionslevel zwischen 1,8 und 2,1 Kindern lagen. Dabei haben es in letzten 15 bis 20 Jahren einige Länder wie Frankreich oder das Vereinigte Königreich geschafft, ihre TFR zu steigern. Für die divergierenden Entwicklungen zwischen den Ländern sei neben den sozio-kulturellen Bedingungen (hierzu zählen zum Beispiel die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Unterschiede bei der Qualität der Kinderbetreuung sowie differierende soziale Normen und Einstellungen hinsichtlich der Frage, wie Elternschaft gelebt wird) auch der kulturelle Hintergrund verantwortlich, analysierte der Soziologe.

**Dr. Sabine Diabaté** knüpfte in ihrem Vortrag daran an, und wies darauf hin, dass die bisher vorhandenen Erklärungsansätze für unterschiedliche Fertilitätsmuster zwar erfolgreich seien, gewisse Phänomene aber nicht erklären könnten. So zeichnet sich beispielsweise die USA durch ein konstant hohes Fertilitätsniveau aus, obwohl das Land im Vergleich Familien nur geringe familienpolitische Unterstützung gewähre. Wie passt dies zusammen? Das Beispiel zeige, so Dr. Diabaté, dass die bisherigen Ansätze um den Faktor Kultur in Form von kulturell geprägten Familienleitbildern ergänzt werden müssten. Die Ergebnisse der Studie des BiB zu Familienleitbildern am Beispiel Deutschland zeigten, dass die Ursache der niedrigen Fertilität nicht nur in infrastrukturellen Problemen liege, sondern zusätzlich auch kulturell begründet sei. Hierzu zählten zum Beispiel überzogene Anforderungen an Elternschaft und Mutterschaft, was sich am Mythos der „guten Mutter“ etc. zeigt. Hinzu kommen anspruchsvolle kulturelle Ideale und soziale Normen, die

Bisherige Forschungsansätze müssen um kulturelle Aspekte wie Familienleitbilder ergänzt werden, um das Fertilitätsverhalten erklären zu können, betonte Dr. Sabine Diabaté. (Bild: UN)

Paare unter Druck setzen, so dass sie sich letztlich gegen Kinder entscheiden, weil sie Angst haben, den Anforderungen der Gesellschaft nicht zu entsprechen. Für die künftige Forschungsarbeit ergebe sich daraus, dass die Interaktion zwischen der Kultur (also den Familienleitbildern) und den Strukturen (der Politik) für die Erklärung des Fertilitätsgeschehens noch stärker betrachtet werden müssten, betonte die Soziologin. Die Politik müsse die Verknüpfung zwischen Infrastruktur und Kultur nutzen, insbesondere auch im Hinblick auf die Geschlechtergleichheit und die Aufwertung von Fürsorgearbeit. Zugleich müsse auch ein stärkerer Fokus auf die Männer gerichtet werden: Sie sollten ermuntert werden, sich mehr an der Betreuungsarbeit in der Familie zu beteiligen.

### Dr. Detlev Lück: Widersprüchliche Leitbilder von Väterschaft

Wie haben sich die Rollenerwartungen an Väter verändert und welche Ambivalenzen und Widersprüche existieren noch immer? Mit dieser Frage befasste sich **Dr. Detlev Lück** in seinem Impulsreferat beim Workshop des prognos-Instituts zum Thema „Die modernen Väter – Bilanz und Ausblick“ am 14. Juli 2015 in Berlin. Einleitend gab er zunächst einen Überblick über die Väterforschung im Kontext der Arbeitsteilung in Partnerschaften sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf am BiB und stellte dazu empirische Befunde der BiB-Studie zu Familienleitbildern vor. Die Resultate der Studie weisen für diesen Kontext darauf hin, dass die meisten Männer sich zwar eigene Kinder wünschen, zugleich aber nach wie vor beruflich erfolgreich sein und ein Einkommen erzielen wollen, mit dem sie ihre Familie ernähren können. Zudem besteht ein starkes Leitbild des Vaters als Familienernährer fort, von dem viele Männer glauben, dass sie daran gemessen werden. Dadurch gibt es somit einander widersprechende Leitbilder, so dass allenfalls von einem zögerlichen Wandel der Vaterschaft gesprochen werden kann. Diese Entwicklung familienpolitisch zu beeinflussen ist zumindest auf kurze Sicht begrenzt. Familienpolitik braucht Geduld, betonte Dr. Lück. Gegenwärtig leidet sie an einem Widerspruch zwischen alten und neuen Leitbildern, an denen sie sich orientiert und die sie so gleichzeitig kommuniziert. Dies zeigt sich beispielsweise an den Maßnahmen Elterngeld versus Betreuungsgeld. Letztlich muss Familienpolitik verschiedene realistische Lebenspläne für Väter und Mütter entwerfen und diese durch stimmige institutionelle Regelungen ermöglichen – die auch entsprechend kommuniziert werden müssen, resümierte Dr. Lück.

### Frank Swiaczny: Regionale Folgen der Alterung und Schrumpfung in Deutschland

**Frank Swiaczny** hat am 28. Mai 2015 in Berlin bei der Kommission für „Sozialpolitik und Gesellschaft“ des Caritas Verbandes einen Vortrag zu „Herausforderungen für die Anbieter sozialer Infrastrukturen im demografischen Wandel“ gehalten. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen die regionalen Folgen des demografischen Wandels durch Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung sowie die Zunahme regionaler Disparitäten. Er stellte dabei auch erste Analysen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder vor. Thematisiert wurden die künftigen Veränderungen des Arbeitskräftepotentials und die durch die Alterung ansteigende Nachfrage nach Betreuungs- und Pflegeleistungen als Herausforderungen für die Anbieter sozialer Infrastruktur.

Wie sich Alterung und Schrumpfung in den besonders betroffenen Regionen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung auswirken wird und welche Herausforderungen und Chancen sich daraus für die Anbieter sozialer Infrastruktur ergeben, diskutierte die Kommission mit Frank Swiaczny als Experten. Die drohende Schwächung der Zivilgesellschaft und die Konsequenzen für das ehrenamtliche Engagement stellten dabei einen Schwerpunkt der Diskussion dar.

Bernhard Gückel, BiB

# Comparative Population Studies – News

## Heft 2/2015 von CPoS erschienen

Die Ausgabe enthält folgende Beiträge:

Michael Windzio, Can M. Aybek

**Marriage, Norm Orientation and Leaving the Parental Home: Turkish Immigrant and Native Families in Germany**

Der Beitrag untersucht die Unterschiede zwischen Deutschen und türkischen Immigranten beim Zeitpunkt des Auszugs aus dem Elternhaus. Es wird gezeigt, dass das Verlassen des Elternhauses in enger Verbindung mit dem Ereignis Ehe steht – besonders bei den türkischen Frauen. Im Vergleich hat sich diese Kopplung in der Gruppe der deutschen Frauen im zeitlichen Verlauf weiterhin abgeschwächt. Hier findet demnach ein kontinuierlicher Prozess der Entkopplung von Lebensereignissen und der Individualisierung statt, der sich in der türkischen Gruppe nicht in gleicher Weise nachweisen lässt.

Desweiteren zeigen sich Interaktionseffekte durch die Orientierung an religiösen Normen in Verbindung mit dem Geschlecht, die zwischen den Deutschen sowie den türkischen Immigranten differieren. Darüber hinaus zeigen die Muster einer Sequenzanalyse bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Deutschen und Türken im Prozess des Auszugs. Die festgestellten Effekte weisen darauf hin, dass der Faktor Religiosität die Unterschiede bei beiden Gruppen in den Verhaltensmustern beim Verlassen des Elternhauses nicht erklären kann.

**Martin Bujard**

**Consequences of Enduring Low Fertility – A German Case Study. Demographic Projections and Implications for Different Policy Fields**

Welche Folgen hat das bereits seit vier Jahrzehnten anhaltende niedrige Geburtenniveau für unterschiedliche Politikfelder in Deutschland? Lässt sich mithilfe politischer und demografischer Stellschrauben die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung bewältigen – und mit welchen?

Anhand einer Fallstudie zu Deutschland analysiert der Autor die Konsequenzen des Geburtenrückgangs für die Politikfelder Rente, Gesundheit, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Internationale Beziehungen und EU sowie für die Gesellschaft und den parteipolitischen Wettbewerb. Dazu stellt er eine systematische Verbindung zwischen demografischen Prozessen einerseits und den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen andererseits her.

Auf dieser Grundlage wird eine Synthese entwickelt, die Antworten auf drei Fragen gibt: welche Konsequenzen der Geburtenrückgang zu welchem Zeitpunkt auf die einzelnen Politikfelder hat, welche politischen und demografischen Stellschrauben in der Zukunft existieren und welche demografischen Faktoren gesamtgesellschaftlich als problematischer einzuschätzen sind: die Alterung oder die Schrumpfung der Bevölkerung.

**Hannes Weber**

**Could Immigration Prevent Population Decline? The Demographic Prospects of Germany Revisited**

Kann Zuwanderung den Bevölkerungsrückgang in Deutschland beeinflussen? Antworten auf diese Frage sucht der Beitrag, indem er anhand von Projektionen untersucht, wie sich eine deutlich höher als bisher angenommene Zuwanderung nach Deutschland auf die Bevölkerungszahl, die Altersstruktur und die ethnische Zusammensetzung auswirkt. Es wird gezeigt, dass die Bevölkerung in Deutschland bei einer konstanten Zuwanderung von 300.000 Menschen pro Jahr in den nächsten Dekaden nicht signifikant schrumpfen und bis 2050 immer noch bei 80 Millionen Einwohnern liegen wird.

Andererseits wird der starke Anstieg des Altersabhängigkeitsquotienten, also des Verhältnisses von Nichterwerbstätigen zur Erwerbsbevölkerung, durch zunehmende Migration nur schwach abgemildert. In jedem Fall wird sich die Zahl der Ruheständler nach 2035 abschwächen. Zudem wird sich die ethnische Zusammensetzung der Gesellschaft in einem stärkeren Maße verändern als die Alterszusammensetzung. So wird der Anteil der Migranten der ersten und zweiten Generation an der Gesamtbevölkerung nach den Projektionen in diesem Szenario auf über 35 Prozent anstiegen. Zählt man die dritte Generation noch hinzu steigt er auf über 40 Prozent.

**Michael Mühlichen; Rembrandt D. Scholz; Gabriele Doblhammer**

**Social Differences in Infant Mortality in 19th Century Rostock. A Demographic Analysis Based on Church Records**

Der Beitrag untersucht die historische Entwicklung der Säuglingssterblichkeit in der Hansestadt Rostock und widmet sich im Speziellen der Frage, inwieweit sozioökonomische Faktoren die Höhe der Säuglingssterblichkeit im frühen 19. Jahrhundert beeinflussten. Es lässt sich für die Stadt ein im deutschlandweiten Vergleich äußerst niedriges Säuglingssterblichkeitsniveau feststellen, besonders für das erste Drittel des Jahrhunderts. Dabei kann ein signifikanter Einfluss der beruflichen Schicht des Vaters auf die Überlebenschancen des Kindes im ersten Lebensjahr für das frühe 19. Jahrhundert nachgewiesen werden: Neugeborene von beruflich schlechter gestellten Vätern weisen ein größeres Sterberisiko im ersten Lebensjahr auf als die Nachkommen beruflich bessergestellter Väter. Als Datengrundlage dienen die Beerdigungs- und Taufregister der Rostocker Jakobikirche, welche weitgehend erhalten und zu einem großen Teil digitalisiert sind. Auf der Basis dieser Individualdaten wird erstmals ein Ereignisdatenanalysemodell im Zusammenhang mit der Säuglingssterblichkeit in einer deutschen Stadt im 19. Jahrhundert untersucht. Des Weiteren zeigt dieser Beitrag erstmals die Säuglingssterbewahrscheinlichkeit der Stadt Rostock für das gesamte 19. Jahrhundert nach Geschlecht und schließt damit in zweifacher Hinsicht eine Forschungslücke.

**Download der Beiträge unter**

http://www.comparativepopulationstudies.de

Texte: Die Autoren

# Veranstaltungen

## European Population Conference 2016 in Mainz: Call for Papers

**Vom 31. August bis 3. September 2016 findet erstmals in Deutschland die European Population Conference statt. Ein Schwerpunkt wird sich dem Thema „Demografischer Wandel und politische Implikationen“ widmen. Seit dem 15. Juni 2015 ist die Homepage zur Konferenz im Internet geschaltet (siehe unten), auf der die Teilnehmer und Teilnehmerinnen ihre wissenschaftlichen Beiträge anmelden können. Einsendeschluss für die Arbeiten ist der 15. Dezember 2015.**

Die Anmeldung der Abstracts/Papers kann nur über die genannte Homepage durchgeführt werden. Ob die Arbeiten angenommen wurden, erfahren die Autoren und Autorinnen Anfang März 2016. Wie der Anmeldeprozess funktioniert, wird auf der Homepage der EPC detailliert erklärt. Hier werden dann auch im Laufe des Jahres weitere Informationen bekanntgegeben.

Die alle zwei Jahre stattfindende European Population Conference ist die größte bevölkerungswissenschaftliche Tagung in Europa, an deren Durchführung erstmals auch das BiB in Kooperation mit der European Association for Population Studies (EAPS) beteiligt ist. Tagungsort ist die Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz.

In insgesamt 15 Themenblöcken aus den unterschiedlichen Bereichen der Bevölkerungswissenschaft und-soziologie wird sich die Tagung mit aktuellen Forschungsarbeiten und -ergebnissen befassen.

(Text: BiB)

**Weitere Informationen unter**

http://epc2016.princeton.edu/

## Hohenheimer Tage der Familienpolitik am 27. und 28. Oktober 2015 zum Thema Familienleitbilder und Familienrealitäten in Deutschland

FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg

**Der Begriff Familie und die damit verbundenen Vorstellungen davon, wie Familienleben normalerweise aussieht oder aussehen sollte, verändern sich kontinuierlich. Die Tagung beschäftigt sich mit Wünschen und Vorstellungen von Familie und Rollenbildern von Frauen und Männern. Inwieweit können Familien ihre Wünsche angesichts der gegebenen Rahmenbedingungen verwirklichen? Und inwiefern beeinflussen Schule, Beruf, Wohnsituation oder zeitliche Restriktionen die Ausgestaltung von Familie?**

Bei den diesjährigen „Hohenheimer Tagen der Familienpolitik“, die am 27. und 28. Oktober 2015 in Stuttgart stattfinden, besteht die Gelegenheit, sich mit neuen wissenschaftlichen Befunden auseinanderzusetzen, Impulse zum Thema zu erhalten und und Praxisbeispiele kennen zu lernen.

Bereits zum fünften Mal laden die FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt und die Katholische Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart zu dieser bundesweiten Fachtagung zur Familienfreundlichkeit in Deutschland ein.

Text: Statistisches Landesamt

**Weitere Informationen unter**

http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/BevoelkGebiet/FaFo/

## 10. Demographie-Kongress „Best Age“ am 8. und 9. September 2015 in Berlin zum Thema: „Gut versorgt und selbst bestimmt – Eine moderne Gesellschaftspolitik für Jung und Alt“

**Gut versorgt und selbst bestimmt – die Gesundheits- und Pflegeversorgung in Deutschland wird durch den demografischen Wandel auf eine harte Probe gestellt. Vor allem in ländlichen Regionen, wo die Bevölkerungszahl weiter abnimmt, bedarf es neuer Rahmenbedingungen, Netzwerke und innovativer Ideen, um eine gute Versorgung vor Ort zu gewährleisten. Dabei gilt es, ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Beteiligung zu ermöglichen, wobei vor allem den Kommunen eine bedeutende Rolle zukommt. Der Demografie-Kongress „Best Age“ wird hier interessante Beispiele geben und die Zukunft der Gesundheits- und Pflegeversorgung diskutieren.**

Städte, Gemeinden und Landkreise stehen im Brennpunkt des demografischen Wandels – die Auswirkungen von Alterung, Schrumpfung aber auch Urbanisierung und Zuwanderung treffen zuallererst die Kommunen. Bei vielen Herausforderungen rückt die Beteiligung der Bürger ins Zentrum einer intelligenten Stadtpolitik. Thematische Schwerpunkte werden in diesem Jahr u. a. Engagement, Bildung und Kinderbetreuung sein, sowie die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt durch den demografischen Wandel.

Die Digitalisierung bietet auch im Kontext des demografischen Wandels eine Vielzahl an Chancen. Internetbasierte Dienstleistungen können zumindest einige Folgen der infrastrukturellen Ausdünnung abmildern und helfen, den Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse in abgelegenen, ländlichen Regionen hoch zu halten. Daher widmet sich der diesjährige Demografie-Kongress gleich in mehreren Fachforen der Digitalisierung.

**Weitere Informationen unter**

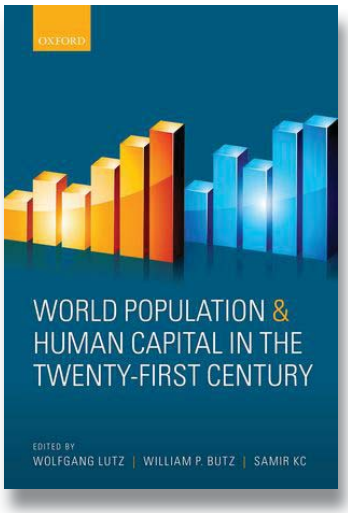
http://www.best-age-conference.com/Kongress/

# Buch im Blickpunkt

## Wolfgang Lutz; William P. Butz; Samir KC (Hrsg.): World Population and Human Capital in the Twenty-First Century.

**Das Wachstum der Weltbevölkerung könnte mit 9,4 Milliarden Menschen im Jahr 2070 seinen Höhepunkt erreichen und danach zurückgehen. Im Jahr 2100 würden dann noch 9 Milliarden auf der Erde leben. Dies zeigen Bevölkerungsprojektionen der IIASA, die im Mittelpunkt des Bandes stehen. Die Beiträge integrieren zum ersten Mal systematisch und auf quantitativer Basis die Dimension Bildung bei der Erforschung globaler Bevölkerungstrends und damit verbundene Vorhersagemodelle und belegen, dass Bildung neben den traditionellen Variablen Alter und Geschlecht einen starken Effekt auf das Bevölkerungswachstum hat. Für die Analyse kombinieren die Beiträge des Bandes vorhandene Studien mit den Ergebnissen eines Expertensurveys und diverser Workshops zu den einzelnen Themen sowie mit Prognosen des IIASA-Oxford Surveys von 2011.**

Wie Bildung die Demografie beeinflusst ist zunächst das Thema von Wolfgang Lutz und Vergard Skirbekk in Kapitel 2. Hier wird das theoretische Fundament für die weiteren empirischen Kapitel gelegt und gezeigt, welchen Einfluss der Faktor Bildung sowohl auf die Gesundheit und Mortalität als auch auf die Fertilität hat. So wiesen schon frühere Studien einen Zusammenhang zwischen einem niedrigen Bildungsstand und einer geringeren Lebenserwartung auf. In vielen Ländern auf der Welt wurde bereits auf eine Korrelation zwischen Bildungsstand und einem längeren Leben, einer besseren Gesundheit und verbesserten mentalen und physischen Zuständen hingewiesen. Dagegen ist der Zusammenhang zwischen Bildung und Fertilität komplexer, da die Familiengröße zu einem hohen Grad kulturell determiniert ist. Mit dem Anstieg des Bildungsstands der Frauen geht aber in nahezu allen industrialisierten Ländern ein Rückgang der Fertilität bzw. der Anstieg des Alters der Frau bei der Erstgeburt und ein späteres Heiratsalter einher. Zudem werden Frauen mit niedrigerem Bildungsstand eher ungewollt schwanger als Frauen mit höherem Status. Somit wirkt sich der Faktor Bildung hier negativ auf die Geburtenentwicklung aus. Dieser Effekt lässt sich auch in Entwicklungsländern, die sich in einem mittleren Stadium des Fertilitätsübergangs befinden, nachweisen.




*Das Buch:*
*Wolfgang Lutz; William P. Butz; Samir KC (Hrsg.):*
*World Population and Human Capital in the Twenty-First Century*
*Oxford University Press, 2014*
*ISBN 978-0-19-870316-7*

### Die Zukunft der Geburtenentwicklung in Ländern mit niedriger und hoher Fertilität

Wie sehr sich ein niedriges Fertilitätsniveau bereits auf der Welt durchgesetzt hat, steht im Fokus von Kapitel 3, dessen Autoren Stuart Basten, Tomáš Sobotka und Kryštof Zeman vor allem die treibenden Kräfte dieser Entwicklung beleuchten. Klar ist auf jeden Fall, dass dieses demografische Merkmal nicht mehr länger ein exklusives Alleinstellungsmerkmal der reichen westlichen Industrienationen darstellt, sondern global existiert. Handelt es sich dabei um ein vorübergehendes Phänomen eines temporären Ungleichgewichts zwischen rapidem sozialem und ökonomischem Wandel und Opportunitäten auf der einen und der Familie, den Geschlechterbeziehungen sowie dem Reproduktionsverhalten auf der anderen Seite? Die Antworten auf diese Frage bleiben unbestimmt – vor allem im Hinblick auf die Zukunft der Fertilität. Aufgrund der Projektionen ist ein Szenario denkbar, in dem ein kontinuierlicher Trend zur Niedrigfertilität, wie sie in Ostasien beobachtet wird, weitergeht – besonders in Ländern, die sich rapide entwickeln. Diese Entwicklung muss allerdings nicht bedeuten, dass es nicht zu einem neuerlichen Baby-Boom in einigen Ländern kommen kann. Auf jeden Fall spielt der Faktor Bildung insbesondere bei den Frauen eine entscheidende Rolle bei der Suche nach den Ursachen für dauerhaft niedrige Fertilität auf der Welt.

Wie sich die Lage in den Ländern mit hoher Fertilität entwickelt hat und welche Perspektiven diese haben, beleuchten Regina Fuchs und Anne Goujon in Kapitel 4. Hier wird zunächst von einer großen Variationsbreite der Geburtenraten in den Regionen der Welt ausgegangen, die zum Teil schon innerhalb von Ländern wie z. B. Indien erkennbar ist. Diese Differenzen sind gegenwärtig größer als jemals zuvor, zumal die Kausalität zwischen den Ursachen und dem Rückgang der Fertilität nicht linear verläuft. Dies wird am Beispiel unterschiedlicher Regionen mit einem bisher hohen Fertilitätsniveau wie z. B. in Afrika, Asien oder Lateinamerika belegt. Die Entwicklung in den ausgewählten Ländern unterstreicht, dass der Übergang zu einem niedrigen Geburtenniveau sich global durchgesetzt hat, wobei die Geschwindigkeit und die Intensität je nach Geografie, Kultur und sozioökonomischen Gegebenheiten stark variieren. Bei allen Unterschieden der Regionen zeigt sich: fast alle Länder auf der Welt sind mehr oder weniger intensiv in der Frühphase des Fertilitätsübergangs mit sinkenden Geburtenniveaus angekommen. Auch hier wird das gestiegene Bildungsniveau der Frauen als ein bedeutender Einfluss auf die Fertilität gesehen. Zweidrittel der untersuchten Länder mit sehr hohen Fertilitätsniveaus im Jahr 2010 werden nach den Projektionen im Jahr 2060 unter dem Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern je Frau liegen.

### Stetiger Anstieg der Lebenserwartung auf der Welt

In Kapitel 5 betrachten Graziella Caselli, Sven Drefahl, Christian Wegner-Siegmundt und Marc Luy die Situation der künftigen Mortalitätsentwicklung in 132 Ländern mit niedriger Mortalität. Nachdem diese Länder bereits starke Rückgänge bei der Kindersterblichkeit erfahren haben, werden die künftigen Mortalitätstrends hauptsächlich durch die Mortalität der Älteren und Ältesten bestimmt. Somit startet der Beitrag mit einem Überblick über die Trends der Lebenserwartung in Niedrigmortalitätsländern seit 1950. Es wird deutlich, dass für die Entwicklung der Mortalität vor allem auch der sozioökonomische Status, insbesondere der Bildungsstand, eine entscheidende Rolle spielt. Der Zusammenhang zwischen Bildung und Mortalität ist dabei ein universales Phänomen, wobei sich hier allerdings der genaue Beitrag des Bildungsniveaus im Zusammenspiel mit anderen sozioökonomischen Statusmerkmalen nicht eindeutig identifizieren lässt.

Für die Entwicklung der Mortalität ist nämlich das soziale, politische und gesundheitliche Umfeld eines Individuums ebenfalls von Bedeutung. Sicher ist auf jeden Fall, dass steigende Bildungsniveaus dazu beitragen, mit kommenden Herausforderungen für die Mortalitätsentwicklung besser umzugehen.

Wie sieht die Lage bei den Ländern mit gegenwärtig hohen Mortalitätsraten aus? Gibt es eine von vielen Demografen prognostizierte weltweite Konvergenz im Hinblick auf niedrige Mortalität? Dieser Frage widmen sich Alessandra Garbero und Elsie Pamuk in Kapitel 6. Sie weisen zunächst auf die unsichere Datenlage bei den altersspezifischen Mortalitätsraten hin, die es für manche Länder erheblich erschwert, Vorhersagen zu treffen. Zudem gibt es in einer Gruppe von Ländern Unklarheiten aufgrund der Heterogenität der Trends und die Verläufe der Mortalität, die keine Prognosen erlauben. Trotz allem beschreibt der Abschnitt den derzeitigen Kenntnisstand über die Trends der Kinder- und Erwachsenenmortalität in Hochmortalitätsländern und diskutiert die Einflussgrößen, die den künftigen Kurs der Mortalität bestimmen werden. Dazu zählen beispielsweise die HIV/AIDS-Epidemie, die Effektivität von Gesundheitssystemen oder Veränderungen im Gesundheitsverhalten. Hinzu kommen Infektionskrankheiten und Umwelteinflüsse.

### Internationale Wanderungsbewegungen in Gegenwart und Zukunft

Mit den kontinuierlich sinkenden Fertilitäts- und Mortalitätsraten rücken die Konsequenzen der internationalen Migration für den demografischen Wandel immer stärker in den Vordergrund. Die Entwicklung hier vorherzusagen, ist aufgrund des Fehlens vorhandener adäquater Daten schwierig. Daher präsentieren Nikola Sander, Guy J. Abel und Fernando Riosmena in Kapitel 7 auf der Basis neuer Daten ein neuentwickeltes Modell zur Vorhersage simultaner internationaler Migrationsströme, mit dessen Hilfe ausgehend von Bestandsdaten der Vereinten Nationen bilaterale Wanderungsbewegungen zwischen 196 Ländern über den Zeitraum 1990 bis 2010 geschätzt werden können. Sie geben zunächst einen Überblick über die vielfachen Determinanten für Migration und fassen die räumlichen Migrationsmuster seit dem Jahr 1990 unter Einbeziehung von Urteilen des Expertensurveys zusammen. Die Resultate ihrer Bevölkerungsprojektionen zeigen, dass die globale Zahl von Migranten in

über 30 Jahren anfängt zu schrumpfen. Mit verantwortlich dafür ist neben einem verlangsamten Bevölkerungswachstum auch eine substanzielle Alterung der Bevölkerung.

### Die künftigen Trends der Bildung

Wird es künftig eine weitere dynamische globale Bildungsexpansion geben und in welchem Umfang? Dieser Frage gehen Bilal F. Barakat und Rachel E. Durham in Kapitel 8 nach, indem sie zunächst die Dynamik der Bildungsexpansion aus historischer Perspektive darstellen. Auf der Basis theoretischer Annahmen und eines Vorhersagemodells stellen sie ein zukünftiges Szenario für 178 Länder vor, das belegen soll, wie und ob sich das Bildungsniveau im formalen Schulbereich weiter entwickeln wird. Die Projektionen offenbaren in den unterschiedlichen Szenarien neben generalisierbaren Mustern in einer großen Zahl von Ländern allerdings auch individuelle Entwicklungen in einzelnen Ländern, in denen Abweichungen nachweisbar sind. Diese reichen von einem stagnierenden Bildungsstand bis hin zu einem Anstieg des Bildungsniveaus.

### Probleme mit den Daten

Die dem Band zugrundliegenden Daten und Methoden stellen Samir KC, Michaela Potancoková, Ramon Bauer, Anne Goujon und Erich Striessnig in Kapitel 9 vor. Sie weisen darauf hin, dass international konsistente Daten über das Alter und Geschlecht von Bevölkerungen bereits für die meisten Länder vorhanden sind, während Daten im Hinblick auf die Verteilung des Bildungsniveaus zusätzliche Harmonisierungsanstrengungen durch die Diskrepanzen zwischen Ländern, Alter und Zeit erfordern. Bedingt durch die Vielfalt der nationalen Bildungssysteme in den einzelnen Ländern hat daher die UNESCO zur besseren internationalen Vergleichbarkeit den Standard ISCED (International Standard Clssification of Education) eingeführt. Trotzdem bleibt es zum Beispiel vor allem bei hoher Migration schwierig, aufgrund der Datenlage die Bildungsniveaus von Migranten zu schätzen und vorherzusagen.

### Fazit: Bessere Bildungschancen bremsen das Wachstum der Weltbevölkerung

In Kapitel 10 und 12 ziehen Wolfgang Lutz und Samir KC ein Resümee der Bevölkerungsprojektionen hinsichtlich Alter, Geschlecht und Bildungsstand für die untersuchten Länder der Welt bis zum Jahr 2060 bzw. 2100. Ausgehend von einem mittleren Szenario (das aus heutiger Sicht wahrscheinlichste) würden demnach im Jahr 2030 8,3 Milliarden Menschen und 2060 9,2 Milliarden auf der Erde leben. Die Projektionen zeigen dazu auch, dass sich das Bildungsniveau der wachsenden Bevölkerung verändert. Die Bevölkerung wird demnach nicht nur zahlenmäßig ansteigen, sondern zugleich auch besser ausgebildet sein als heute. Der Anteil der Menschen ohne Schulbildung wird stagnieren bzw. schrumpfen, während gleichzeitig der Anteil der Bevölkerung mit wachsendem Bildungsniveau rapide ansteigen wird. Dies gilt besonders bei steigender Qualifikation der Frauen mit den genannten demografischen Konsequenzen wie sinkendes Fertilitätsniveau und rückläufige Kindersterblichkeit. Daraus ergibt sich, so die Autoren, dass bessere Bildung zu einem deutlichen Rückgang des Bevölkerungswachstums führt.

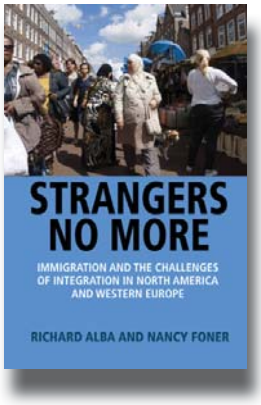
Die Tatsache, dass die Alterung der Bevölkerung weiter voranschreitet, wird von den Projektionen bestätigt. So weisen Sergei Scherbov, Warren C. Sanderson, Samir KC und Wolfgang Lutz in Kapitel 11 auf der Grundlage neuer methodischer Ansätze darauf hin, dass es in nahezu allen Teilen der Welt eine signifikante Zunahme des Anteils älterer Menschen geben wird. Europa verzeichnet somit einen Anstieg bei den über 65-Jährigen von gegenwärtig 16 auf 29 Prozent im Jahr 2050 sowie 36 Prozent im Jahr 2100. Zugleich wächst mit dem Anteil der Älteren auch die Gruppe derjenigen mit einem höheren Bildungsabschluss weiter an. Dies gilt vor allem für Lateinamerika, Asien und Afrika. Damit werden beispielsweise zum Ende dieses Jahrhunderts die „Alten“ in Afrika besser ausgebildet sein als die „Alten“ im Europa des Jahres 2010.

Bernhard Gückel, BiB

# Kurz vorgestellt

**Richard Alba; Nancy Foner:**
**Strangers No More: Immigration and the Challenges of Integration in North America and Western Europe. Princeton University Press 2015**

Wie sich die Wege der Integration von Migranten in unterschiedlichen westlichen Gesellschaften entwickeln ist Thema dieses Bandes. Im Fokus steht die Flüchtlings- und Migrationspolitik in den Ländern Frankreich, Deutschland, Großbritannien und die Niederlande sowie den USA und Kanada. Dabei werden sowohl die Integrationsfortschritte als auch Hindernisse aus institutioneller Perspektive (wie z.B. dem Arbeitsmarkt, dem Bildungssystem sowie der Politik) aufgezeigt und die kontroversen Fragen der Religion, Rasse, Identität betrachtet. So wird zum Beispiel analysiert, warum die Religionszugehörigkeit von Migranten eher in Westeuropa eine signifikantes Problem bei der Integration darstellt als etwa in den USA, wo dafür das Merkmal Rasse als Integrationshindernis betrachtet wird. Darüber hinaus wird gezeigt, warum in allen Ländern wachsende ökonomische Ungleichheit und die Verbreitung von prekären Niedriglohnjobs die Lebenslage für die Migranten erschwert. Zudem werden Erklärungen zum Erfolg der Integration von Migranten in den Ländern überprüft und dazu nationale Politikmodelle, die Ökonomie und die historische Entwicklung von Kanada sowie den USA miteinbezogen.




Bernhard Gückel, BiB

**Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.):**
**So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist. Berlin 2015**

Fast die Hälfte der Deutschen ist ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung der Ansicht, dass es mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West gibt. Zu diesem Befund kommt eine Befragung, die das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung eigens für die Studie „So geht Einheit“ vom GfK Verein hat durchführen lassen. Welches Bild Ost- und Westdeutsche voneinander und von sich selbst haben, ist nur eines von 25 Themenfeldern, in denen diese Studie der Frage nachgeht, wie weit das einst geteilte Deutschland in den vergangenen 25 Jahren zusammengewachsen ist. Dazu zählen auch Gemeinsamkeiten und Unterschiede der demografischen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland.

Verlagstext


## Impressum

Bevölkerungsforschung *Aktuell*

**Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 4/2015 – 36. Jahrgang**
Schriftleitung: Dr. Evelyn Grünheid
Redaktion: Bernhard Gückel
Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden
Telefon: (0611) 75 22 35
E-Mail: post@bib.bund.de
Internet: www.bib-demografie.de
ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0420158
„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de).

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 4/2015 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.